

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljahr 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk.,
 höchstens 30 Bg. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Bg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Post-
 abonnement: 1.30 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Regulierungs-
 Verordnungen. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Ungarn, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-
 zeile oder deren Raum 50 Bg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Bg.,
 „Kleine Anzeigen“, das fertige
 Wort 20 Bg. (zwei 2 fertige
 Worte), jedes weitere Wort 10 Bg.,
 Stellenangebote und Schloßstellenan-
 zeigen das erste Wort 10 Bg., jedes
 weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzei-
 ge für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Sonnabend, den 2. September 1916.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Marx und Engels über die polnische Frage.

I.
 Die Dialektik des Weltkrieges hat neben vielen anderen Fragen, die in den letzten Jahrzehnten der Erstarrung anheimfielen, auch die polnische Frage wieder in Fluß gebracht. Freilich nicht in der Form, wie diese Frage um die Mitte des vorigen Jahrhunderts das Denken der europäischen Demokratie beherrschte. Das ergibt sich schon notwendigerweise aus der grundlichen Wandlung der europäischen Staatenverhältnisse wie aus der Aenderung der inneren Struktur Polens selbst. Allein auch jetzt darf die polnische Frage das lebhafteste Interesse beanspruchen, nicht nur weil ihre Lösung mit der Liquidation des Weltkrieges auf das engste verknüpft ist, sondern auch weil von der Art ihrer Lösung die künftige europäische Politik auf das nachhaltigste beeinflusst werden wird.

Es unterliegt unter den obwaltenden Verhältnissen wohl keinem Zweifel, daß die „Lösung“ der polnischen Frage im Gefolge des Weltkrieges nicht von abstrakten Moralbegriffen, sondern von ganz realen Machtverhältnissen diktiert werden wird. Denn weder ist Polen eine verwunschene Prinzessin, die in untergegangener Schönheit ein halbes Jahrhundert hinter Rosenhecken schlummerte, noch kann der Königssohn, der Dornröschen mit einem Kuß zum Leben erweckte, als Symbol jener Kräfte angesehen werden, die das polnische Problem wieder zu einem europäischen gemacht haben. Dennoch darf die Geschichte der polnischen Frage und ihre Rolle in der neuesten Staatengeschichte Europas das lebhafteste Interesse beanspruchen, denn aus den Wandlungen, die diese Frage durchmachte, ergeben sich manche lehrreiche Schlüsse auch für die jüngste Gegenwart.

Interessantes Material zum Studium dieser Geschichte liefert eine Abhandlung des bekannten Marxforschers Genossen N. N. J. a. n. o. f. f. in Grünbergs Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung (sechster Jahrgang, Heft I), betitelt „Karl Marx und Friedrich Engels über die Polenfrage.“ Bei der führenden Rolle, die Marx und Engels in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in der Geschichte der europäischen Demokratie gespielt haben, spiegelt ihre Haltung in der polnischen Frage die leitenden Gesichtspunkte wider, die zuerst für den linken Flügel der bürgerlichen Demokratie und dann für die Arbeiterbewegung bei der Bewertung der Polenfrage ausschlaggebend gewesen sind.

In einem seiner Artikel über die Polenfrage, die 1866 im „Commonwealth“ erschienen, setzte Engels auseinander, daß die auswärtige Politik der arbeitenden Klassen bei dem Beginn einer selbständigen Arbeiterbewegung sich in den wenigen Worten resümieren lasse: Wiederherstellung Polens. Diese Politik war keineswegs eine bloße Fortsetzung der bürgerlich-demokratischen Politik, die um die Mitte des Jahrhunderts ihr Damaskus erlebte. Sie ergab sich vielmehr aus der bedeutenden Rolle, die die polnische Frage bei Beginn einer selbständigen Arbeiterbewegung in Europa spielte.

Schon ein Vergleich der Anschauungen der bürgerlichen Demokratie vor 1848 mit denen Marx-Engels zeigt bei aller Ähnlichkeit der praktischen Lösungen einen tiefen Unterschied in der grundlegenden Einschätzung des polnischen Problems. Während die bürgerlichen Demokraten Anschauungen huldigten, die aus einem Gemisch traditioneller Begeisterung für die unterdrückten Polen, der Opfer der heiligen Allianz, und der Verherrlichung eines selbständigen Polens als einer „Schutzwehr“ der westeuropäischen Zivilisation gegen die russische Barbarei bestanden, betrachteten Marx und Engels die polnische Frage als einen Teil des allgemeinen Befreiungskampfes der Völker in Abhängigkeit von einer radikalen Aenderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse. In seiner ersten öffentlichen Kundgebung zur polnischen Frage in seiner Rede auf der Londoner Versammlung der „Fraternal Democrats“ vom 29. November 1847 erklärte Marx:

„Das alte Polen ist allerdings verloren, und wir wären die letzten, seine Wiederherstellung zu wünschen. Aber nicht nur das alte Polen ist verloren. Das alte Deutschland, das alte Frankreich, das alte England, die ganze alte Gesellschaft ist verloren. . . Ihr Chartisten habt daher keine frommen Wünsche zur Befreiung der Nationen auszusprechen. Schlagt eure eigenen inländischen Feinde und ihr dürft dann das stolze Bewußtsein haben, die ganze alte Gesellschaft geschlagen zu haben.“

Im Gegensatz zu Marx betonte Engels in derselben Versammlung bei aller Anerkennung ihres gemeinsamen Standpunktes, das besondere Interesse der deutschen Demokraten an der Befreiung Polens. Auf die Teilungen Polens hinweisend, bemerkte er:

„Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken. Die Befreiung Deutschlands kann also nicht zustande kommen, ohne daß die Befreiung Polens . . . zustande kommt. Und darum hat Polen und Deutschland ein gemeinschaftliches Interesse, und darum können polnische und deutsche Demokraten gemeinsam arbeiten an der Befreiung beider Nationen.“

Ein neues Moment bei der Betrachtung der polnischen Frage brachte Marx in seiner Brüsseler Rede am zweiten Jahrestag des Krakauer Aufstandes von 1846, kurz vor der

Februarrevolution von 1848, zum Ausdruck. Das Bestreben der Krakauer Aufständischen, die Wiederherstellung Polens mit der Befreiung der hörigen polnischen Bauernschaft zu verknüpfen, stellte Marx als Vorbild auf für die europäische Demokratie, die die nationale Befreiung vereinigen sollte mit der Befreiung der unterdrückten Klassen. Deshalb sei die Befreiung nicht des feudalen Polens, sondern des demokratischen Polens eine Ehrensache aller europäischen Demokraten. In derselben Versammlung betonte Engels noch besonders die Folgen, die der Sieg eines demokratischen Polens für die Befreiung Deutschlands nach sich ziehen würde. Im Sinne dieser Reden erklärten Marx und Engels auch im kommunistischen Manifest, das um dieselbe Zeit erschien:

„Unter den Polen unterstützen die Kommunisten die Partei, welche eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht, dieselbe Partei, welche die Krakauer Insurrektion von 1846 ins Leben rief.“

Die bald darauf in Deutschland einschende Revolution von 1848 gab Marx und Engels Gelegenheit, die hier ausgesprochenen Forderungen in der polnischen Frage mit aller Schärfe und Entschiedenheit zu vertreten. Keine einzige Diskussion der Frankfurter Nationalversammlung wurde von Marx und Engels in der „Neuen Rheinischen Zig.“ so ausführlich behandelt wie die dreitägige Polendebatte, die einen so kläglichen Ausgang nahm. (Eine Zusammenstellung und Besprechung dieser Artikel findet sich im III. Band des von Mehring herausgegebenen literarischen Nachlasses von Marx und Engels). Bekanntlich wollte die „Neue Rheinische Zeitung“ im Interesse der Befreiung Deutschlands unter allen Umständen einen Krieg mit Rußland, dem sich der König entschieden widersetzte. Unter welchen Gesichtspunkten diese Forderung erhoben wurde, zeigen besonders die Artikel über die polnische Frage, so beispielsweise folgende Sätze aus dem Artikel vom 19. August 1848:

„Worauf nicht sich zunächst die Macht der Reaktion in Europa seit 1815, ja, teilweise seit der ersten französischen Revolution. Auf die russisch-preussisch-österreichische heilige Allianz. Und was hält diese heilige Allianz zusammen? Die Teilung Polens, von der alle drei Alliierte Nutzen zogen.“

Der Akt, den die drei Mächte durch Polen zogen, ist das Band, das sie aneinanderfesselt.“

Seit dem Krakauer Aufstand sei der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugleich der Kampf der agrarischen Demokratie gegen den patriarchalisch-feudalen Absolutismus. Der Widerstand gegen diesen Kampf schmeide Deutschland an die Seite Rußlands und der russischen Politik. Deshalb sei die Herstellung eines demokratischen Polens die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands. Selbstverständlich handle es sich hierbei nicht um die „Herstellung eines Scheinpolens“, sondern um die Herstellung eines Staates auf lebensfähiger Grundlage. Und wie konnte Deutschland das den Polen garantieren? Nur „wenn es nach der Revolution in seinem eigenen Interesse den Mut hätte, von Rußland die Herausgabe Polens mit den Waffen in der Hand zu fordern“.

Bulgariens Kriegserklärung an Rumänien.

Sofia, 1. September. (W. Z. V.) Heute um 10 Uhr vormittags wurde dem hiesigen rumänischen Gesandten die Kriegserklärung übergeben. Früh morgens wurde in den Straßen das Kriegsmantel angehängt.

Der bulgarische Generalstabschef gestorben.

Sofia, 1. September. (W. Z. V.) Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur. Der Chef des bulgarischen Generalstabes, General Schostow, starb gestern an den Folgen eines schweren Anfalles von Blinddarmentzündung, an der er, wie den zuständigen Stellen bekannt war, vor einiger Zeit schon erkrankt war.

Die türkische Kriegserklärung an Rumänien.

Konstantinopel, 31. August. (W. Z. V.) Die türkische Regierung hat gestern abend 8 Uhr durch Uebersendung einer Note an die hiesige rumänische Gesandtschaft Rumänien den Krieg erklärt.

Serbische Truppen in Rumänien.

Petersburg, 31. August. (W. Z. V.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, daß serbische Truppen unter dem Befehl des ehemaligen Chefs des serbischen Generalstabes Gadjitsch in Rumänien eingetroffen seien, um mit den russisch-rumänischen Streitkräften zusammen zu operieren.

Ein schwedisches Urteil über Rumänien.

Das Eingreifen Rumäniens in den Weltkrieg ist auch für die Politik Schwedens nicht ohne Bedeutung. In „Sozialdemokraten“ weist Genosse Wranting u. a. darauf hin, wie sehr die Propaganda der schwedischen Aktivistin, die stets auf Rumänien als das Musterland der „aktiven Neutralität“ hinwies, Schiffbruch gelitten habe. Es sei hoffentlich ein für allemal ausgeschlossen, daß Rumänien der schwedischen Politik als Beispiel hingestellt werde. Man möge sich daran erinnern, wie die schwedischen Aktivistin im

Winter immer davon geredet haben, daß Rußland als slavische Großmacht mit Hilfe von Schweden und Rumänien bis nach Asien zurückgeworfen werden müsse. Die „aktive“ Neutralität hat das Land Rumänien in den Kriegstrüben hineingerissen. Wranting sagt, daß kein Zweifel darüber bestehe, daß das rumänische Eingreifen von großer Bedeutung sowohl für die Balkanstaaten, wie für Oesterreich-Ungarn sei. Diese Tatsache mache die Art Politik keineswegs sympathischer, die unter der Betretung neutraler Absichten den Augenblick berechne, wo es sich am meisten lohne, die Neutralität zu brechen.

Wranting fährt dann fort:
 „Mit Rumäniens — und wohl nächstens Griechenlands — aktivem Eingreifen in den Krieg markiert sich noch stärker die Bedeutung des Balkanproblems in diesem ganzen Weltkonflikt. Es ist deshalb einfach lächerlich, wenn unser Aktivistenblatt jetzt, in Ermangelung anderer Argumente, seine Leser damit einzuschüchtern versucht, daß, nachdem die Verstärkung für die Entente im Südosten gekommen ist — der Druck auf uns um so stärker geworden sei! — Skandinavien ist kein Balkan mit Massen von ungelösten und schwebenden nationalen Grenzproblemen; kein skandinavischer Staat hat hier oben, wie Bulgarien und die Türkei da unten, seine Grenzen angegriffen. Absolut keine Rede davon, daß man von seiten der Zentralmächte in unseren Verträgen ein anderes Interesse finden sollte, als daß wir alle zusammen die lokale Neutralität bewahren, die wir von Anfang an versprochen, und die die Entente-mächte, vor Deutschland, sich beistellen, bei Kriegsausbruch gutzuheißen und zu respektieren sich verpflichteten.“

Dagegen kann bei der neuen Erweiterung des Weltunglücks eine andere Erinnerung Platz finden. Man könnte sie ungefähr so formulieren: Die Geschichte wiederholt sich! In dem russisch-türkischen Krieg 1877/78 war es die rumänische Hilfe, die in einer kritischen Stunde das russische Liebergewicht rettete und dadurch Bulgarien von der türkischen Unterdrückung befreite. Soll es sich nun wie vor 40 Jahren erweisen, daß die russische „Dampfwalze“ nicht ohne das Eingreifen eines kleineren Staates das Balkanproblem entwirrt — genug, möge es eine nützliche und heilsame Erinnerung für die ganze Welt sein, daß selbst an der Seite von riesigen Großmächten die kleineren Staaten doch wahrlich nicht für nichts zählen.“

Die Agitation der Entente in Griechenland.

Saloniki, 30. August. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Es wurde ein Ausschuss gebildet, dem hochgestellte Offiziere angehören, der an Volk und Armee appelliert, sich den Alliierten anzuschließen und die bulgarischen Unterdrücker vom griechischen Boden zu vertreiben. Es wurde eine Riesensammlung einberufen, um die Absichten des Ausschusses zu erklären. Die Rekrutierung von freiwilligen Bataillonen wird angeregt.

Paris, 1. September. (Z. N.) Havas berichtet aus Saloniki: In Mazedonien hat sich auf Initiative der hervorragendsten Führer der Armee und Leiter der liberalen Partei ein Komitee für nationale Verteidigung gebildet. Dieses Komitee hat die Unabhängigkeit von Griechisch-Mazedonien ausgerufen. Die feierliche Proklamation der Unabhängigkeit erfolgte am Nachmittag des 30. August. Der wichtigste Abschnitt aus der an die Bevölkerung und Armee gerichteten Proklamation lautet: Wir versammeln uns an der Seite der Truppen der Verbündeten, um mit ihrer Hilfe den Eindringling vom mazedonischen Boden und aus dem übrigen Teil Griechenlands zu vertreiben. Laßt uns die im Auslande befindlichen Griechen fragen, ob sie uns auch ihre Unterstützung in diesem Freiheitskrieg leisten wollen, den wir wohlgerne beginnen, da wir der festen Ueberzeugung sind, daß wir so beitragen, unserem Vaterlande bald den Platz zu geben, den fremde Triebfedern und Interessen ihm geraubt haben.“

Amsterdam, 1. September. (W. Z. V.) Dem „Handelsblad“ zufolge erzählt die „Times“ aus Athen, daß die Kriegserklärung Rumäniens dort auch in antivenize-lanischen Kreisen tiefen Eindruck gemacht habe. Man sei allgemein der Meinung, daß Griechenland jetzt ebenfalls am Kriege teilnehmen werde. Der Zustand des Königs hat sich sehr gebessert.

Griechische Parteikämpfe in Saloniki.

Saloniki, 1. September. (W. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Diese Nacht umzingelten Gendarmen und Nationalfreiwillige die Kaserne von Saloniki, dessen Garnison sich geweigert hatte, mit ihnen zusammenzugehen, schnitten die Wasserzufuhr ab und behinderten die Lebensmittelversorgung. Gegen 4 Uhr versuchten 60 Mann einen Ausfall, um Lebensmittel zu holen. Es wurde auf beiden Seiten gefeuert. Die Truppen wurden gezwungen, in die Kaserne zurückzukehren; zwei Soldaten und ein Gendarm wurden getötet, zwei Freiwillige wurden verwundet. Sarraïl intervenierte, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Die Garnison nahm seine Vermittlung an und ergab sich den Franzosen unter den folgenden Bedingungen: Die Truppen werden entwaffnet und im Lager von Zaitemil außerhalb der Stadt interniert werden; die Offiziere behalten ihre Seitenwaffen und geben ihr Ehrenwort, den Revolutionären gegenüber nichts zu unternehmen. Die Kaserne wurde vorläufig von den Franzosen besetzt. Auch die Garnison des kleinen Forts Kara Burnu wurde umzingelt und ergab sich bald nach der Uebergabe der Truppen in Saloniki. Man erwartet, daß ein Komitee von Revolutionären die Kontrolle über die Verwaltung dieser Teile von Mazedonien auf sich nehmen wird.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 30. August. (W. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht. (Verpätet eingetroffen). An der Front keine Aenderung. Ein unsere Stellungen bei Jellahie

überfliegendes feindliches Flugzeug wurde durch unser Feuer gefährdet und stürzte hinter den feindlichen Linien ab.

An der Kaukasusfront vertrieben unsere Truppen im Laufe ihrer Vorgehen auf dem rechten Flügel ausgeführten Angriffe den Feind durch einen Sturm mit dem Bajonett aus seinen Stellungen und nahmen ihm auf der Verfolgung vierhundert Gefangene und achtzig Kästen mit Munition sowie eine Menge Befestigungsmaterial ab. Die Gefangenen erklären, daß durch unser Feuer sechs Geschütze vollkommen vernichtet wurden. Im Zentrum stürzte, zeitweise unterbrochene Feuerkämpfe und Patrouillengefächte. Auf dem linken Flügel gestatteten uns glücklich verlaufene Ueberfälle einen Teil der feindlichen Schützengräben abzuschneiden. Nach dem letzten Bericht sind zweieinhalb feindliche Divisionen vollkommen zersprengt worden. Wir machten fünftausend Gefangene und erbeuteten mehrere Geschütze, Maschinengewehre sowie sonstige Waffen. Ein Flugzeug, das von einem Flugzeugmuttergeschiff aufgestiegen war, welches von einem Torpedoboot auf der Höhe von Mentalia (?) begleitet war, warf bei einem Fluge in der Umgebung dieser Stadt eine Bombe ab, ohne eine Wirkung zu erzielen und zog sich dann zurück. Kein Ereignis von Bedeutung von den anderen Fronten. Eine unserer mit der Niederwerfung des Aufstandes beauftragten Kolonnen hat nach einem unbedeutenden Gefecht die Aufständischen, die sie achtzig Kilometer südwestlich von Medina traf, geschlagen und in der Richtung auf Yangwü (?) zurückgeworfen.

Konstantinopel, 31. August. (W. Z. B.) Hauptquartiersbericht. — Kaukasusfront. Auf dem rechten Flügel gelang es unseren Truppen trotz des starken Widerstandes des Feindes und der Gegenangriffe, die er in verschiedenen Abschnitten mit herangeführten Verstärkungen unternimmt, allmählich das Ziel zu erreichen, das sie mit ihren Angriffen verfolgen. Die Angriffe, die der Feind gestern mit einem Teil seiner Streitmacht in diesem Abschnitt unternahm, wurden völlig abgeschlagen. Der Feind wurde darauf überaus empfindlich angegriffen, und wir nahmen ihm Beute ab. Auf dem linken Flügel keine wichtige Kampfhandlung. Von den übrigen Fronten ist nichts Wichtiges zu melden. Der Wigegeneralissimus.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 31. August nachmittags. (W. Z. B.) Die Nacht war auf dem größten Teile der Front ruhig. In Vorhingen vertrieben die Deutschen gegen Abend im Parroy-Walde einen Handstreich, brangen in ein Grabenstück ein, wurden aber sofort durch Gegenangriff zurückgeworfen.

Vom 31. August abends. (W. Z. B.) An der Sommefront zeigte sich unsere Artillerie im Laufe des Tages sehr tätig. Im Norden wurde ein deutscher Handgranatenangriff auf unsere Stellungen im Walde von Maurepas leicht zurückgewiesen. Südlich der Somme hatten wir in Einzelgefechten Erfolg und machten dabei Fortschritte südlich vom Dorfe Etrées und südwestlich vom Walde von Soyecourt, wo wir Gefangene machten. An der übrigen Front das gewöhnliche Geschützeuer.

Belgischer Bericht. Bei Dignuiden richtete die Artillerie ein zerstörerisches Feuer gegen die deutschen Werke auf dem rechten Ufer.

Orientbericht. Gestern an der gesamten Front kein Infanteriekampf. Schwächer werdendes Geschützeuer in der Gegend von Dojran und am Ostrovo-See.

Die englische Meldung.

Vom 31. August. (W. Z. B.) Wir nahmen südlich von Maritupich 2 Offiziere und 124 bayerische Soldaten gefangen. Ihre Bereitwilligkeit, sich zu ergeben, anstatt nach ihren Linien zurückzuziehen, ist bemerkenswert. Wir liegen bei Arras und Armentières mit gutem Erfolg Gaswolken ausströmen.

Weiterer englischer Heeresbericht vom 31. August. (W. Z. B.) Ein verheerender feindlicher Angriff in der Nachbarschaft des Fourcaux-Waldes wurde durch Maschinengewehrfeuer aufgehalten. Unbedeutende Minen- und Artillerietätigkeit an einigen Punkten. Unter den am Vormittag eingebrachten Gefangenen befinden sich 8 Offiziere.

Ämtlicher englischer Bericht über die Operationen in Ostafrika vom 31. August. (W. Z. B.) Die Deutschen setzten ihren Rückzug sowohl auf Dorebsalam als auch im Inlande auf Tabora fort, gegen welches einige englische und belgische Abteilungen vordrangen. Die Engländer haben am 26. August Morogoro an der Zentralbahn, 100 englische Meilen von Dorebsalam, besetzt.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 31. August nachmittags. (W. Z. B.) Westfront. Am westlichen Ufer des Stochod griff der Feind am 30. August morgens nach kurzer Artillerievorbereitung unsere Stellungen im Abschnitt nördlich vom Dorfe Helmin-Zerow an. Wir schlugen alle Angriffe mit großen Verlusten für den Gegner zurück. In der Richtung Kowel griffen in der Gegend des Dorfes Wolkowka zwei feindliche Flugzeuge ein unserer Flugzeuge an und hielten es herunter. Es fiel in unsere Linien. Die tapferen Flieger, Unterleutnant Tschnomiroff und Beobachter Leutnant Danilewitsch, wurden getötet.

An der Kaukasusfront wiesen wir westlich von Gümüşhane schwere türkische Angriffe mit schweren Verlusten für den Gegner ab. Der zahlreiche Verlust vor unseren Stellungen zurückließ. In der Richtung auf Diarbek dauert unser Vordringen an. Auf dem Banzsee beschloß eines unserer Schiffe mit Erfolg ein türkisches Lager bei dem Dorfe Koulha (?) zu zerstören.

Vom 31. August abends. (W. Z. B.) An der Westfront und der Kaukasusfront ist die Lage unverändert.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 31. August. (W. Z. B.) Im oberen Pofina- und im Astacal schlugen wir schwache Angriffe des Gegners ab. Die feindliche Artillerie aller Kaliber richtete gestern ein heftiges Feuer gegen unsere neuen Stellungen am Gauriol, von wo aus wir das Piemme-Tal beherrschen und die Verbindungen zwischen Cavalese und dem oberen Avisio bedrohen. Unsere Truppen hielten die eroberten Linien, die sie sofort verstärkten, fest in ihrer Hand. Im Drautale wurden die Bahnhöfe von Toblach und Sillian wieder von wohlgezielten Schüssen getroffen. In der Gegend von Görz und auf dem Karst beschäftigt der Feind sich mit Verteidigungsarbeiten, die er durch Artilleriefeuer und unaufhörliches Bombenwerfen schützt. Am gestrigen Tage haben wir einen feindlichen Angriff bei Tiboli östlich von der Stadt abgeschlagen. Feindliche Flugzeuge warfen Bomben auf die Lagune von Marano. Eine Frau wurde getötet und einige Menschen verletzt, aber wenig Schaden angerichtet.

Die Militärfrage in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Obwohl die Militärfrage eine gründliche Behandlung und vorläufige Erledigung durch grundsätzliche Stellungnahme in Beschlussform erst auf dem für den Februar 1917 in Aussicht genommenen außerordentlichen sozialdemokratischen Parteitag erfahren soll, wird sie schon seit einiger Zeit in der Presse und in Versammlungen eifrig diskutiert.

Die sozialdemokratische Jugendorganisation hat Mapp und Kar die Parole Entwaffnung ausgegeben, damit aber mangels einer

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Ämtlich. Großes Hauptquartier, 1. September 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die englische Tätigkeit nördlich der Somme blieb abgesehen von einzelnen Handgranatenangriffen auf starke Artillerieentfaltung beschränkt. Französische Angriffsabsichten zwischen Maurepas und Clercy wurden durch Feuer unterbunden. Ein unsererseits unternommener Gegenstoß brachte uns wieder in den Besitz früher verlorenen Geländes bei Longueval und am Delville-Walde.

Südlich der Somme setzten abends die nach der Vorbereitung der letzten Tage erwarteten französischen Angriffe ein. Der Gegner legte den Hauptdruck auf die Front Barleux—Sohecourt. Es kam zu erbittertem Nahkampf im Abschnitt Etrées—Sohecourt. Entschlossene Gegenangriffe sächsischer Regimenter bereiteten den anfänglichen Fortschritten des Feindes ein schnelles Ende und warfen ihn in seine Ausgangsstellungen zurück. Im übrigen wurden die bereitgestellten feindlichen Sturmtruppen in ihren Gräben niedergehalten.

Auf den Anschließfronten entwickelten unsere Gegner an mehreren Stellen rege Feuer- und Patrouillentätigkeit.

Im Sommegebiet wurden sechs, an der Maas ein feindliches Flugzeug abgeschossen, ein weiteres stürzte in unserer Abwehrfeuer östlich Hyern ab.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Vom Meer bis in die Gegend westlich von Luce ist die Lage im allgemeinen unverändert.

Südwestlich von Luce gelang es den Russen, Boden zu gewinnen. Den Gegenangriffen deutscher Truppen mußten sie unter schwerer Einbuße wieder weichen; 2 Offiziere, 407 Mann blieben gefangen in unserer Hand. Neue Angriffe erfolgten heute früh und wurden abgewiesen.

Zwischen den von Brody und Tarnopol herausführenden Bahnen lebte das russische Artilleriefeuer merklich auf. An der südlichen Bahn schritt der Gegner zum Angriff. Bei Biorow hat er auf schmaler Front Vorteile errungen, sonst ist er — zum Teil durch Gegenstoß deutscher Truppen — zurückgeworfen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Heftige Kämpfe haben sich auf der 24 Kilometer breiten Front zwischen der Blota-Lipa bei Rosow und dem Dnjestr abgespielt. Im nördlichen Teil dieses Abschnittes brachen russische Angriffe vor unserer Front zusammen. Weiter südwestlich mußte dem feindlichen Druck etwas nachgegeben werden.

Südlich des Dnjestr haben tapfere heftige Regimenter im Abschnitt von Stanislan den russischen Ansturm gebrochen.

In den Karpathen blieben Teilangriffe des Feindes gegen die Stepanski und südlich davon ergebnislos. Südwestlich von Schipoth haben österreichische Truppen ihre Stellungen gegenüber den Anstrengungen überlegener Kräfte restlos behauptet.

Balkan-Kriegsschauplatz.

An der Cegauska-Planina und an der Roglena-Front brachen serbische Angriffe zusammen.

Der erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 1. September. (W. Z. B.) Ämtlich wird verkündet:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Bei Orsova und Hercules Fuercoc wurde der Feind auch gestern abgewiesen. Sonst ist es nirgends zu wesentlichen Kämpfen gekommen. Ragy Szeben und Sepsi—Szent György sind der allgemeinen Lage nach bereits vorgehoren geräumt worden.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In der Bukowina und in Ungarn gingen die Russen wieder zum Angriff über. In den Karpathen und bei Stanislan wurden sie überall abgeschlagen.

Nördlich des Dnjestr im Mündungswinkel der Blota Lipa griff der Feind auf 24 Kilometer breiter Front an. Nördlich von Marlamy und bei Zamalow scheiterten alle Anstürme. Bei Horozanka wurden unsere Linien über den Ort zurückgedrückt.

Bei Biorow kam ein starker russischer Angriff, nachdem er einen begrenzten örtlichen Erfolg errungen, durch Gegenangriff zum Stehen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Armee des Generalobersten v. Boehm-Ermolli verteilte bei Berepelniki einen russischen Vorstoß. Bei der Armee des Generalobersten v. Terskyjansky drang der Feind an einzelnen Stellen in unsere Linien ein. Ein Gegenangriff deutscher Truppen warf ihn wieder zurück, wobei er 2 Offiziere und 407 Mann als Gefangene einbüßte.

Südwestlich von Radzowka scheiterte ein Vorstoß des Gegners.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Küstenlande wurden gestern mehrere Abschnitte unserer Front zwischen dem Monte Sants und dem Meer von der italienischen Artillerie zeitweise lebhaft beschossen. Südlich Salcano und westlich Salsiccia ging feindliche Infanterie zum Angriff vor. Unser Feuer trieb den Gegner überall bald zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Goefer, Feldmarschallsleutnant.

Notiz des W. Z. B.: Ragy Szeben ist der ungarische Name für Hermannstadt.

ausreichenden Begründung nur allseitige reichliche Kritik geerntet. Sie begnügte sich schließlich auch vorläufig mit dem Erfolg, die Frage aufgeworfen und zur Diskussion gestellt zu haben.

Die beiden sozialdemokratischen Nationalräte Grimm und Müller-Vern haben Leitfäden aufgestellt. Der sozialdemokratische Ständerat Scherrer-St. Gallen hat drei lange Artikel über das Thema in der Parteipresse veröffentlicht. Scherrer stellt den leitenden Satz seinen drei Artikeln voraus und er lautet: „Die Schweiz muß für die Zwecke ihrer Verteidigung, so wie die Verhältnisse heute sind, eine Armee unterhalten. Sie muß aber auch alle Kraft einsetzen für die Entwicklung des internationalen Rechtes, um so die allgemeinen Rüstungskosten so weit wie möglich zu vermindern.“

Wie Scherrer ist auch Müller grundfänglich für die fernere Aufrechterhaltung der selbständigen und unabhängigen demokratischen Schweiz, daher auch für die Aufrechterhaltung des bestehenden schweizerischen Volksheeres und für die militärische Verteidigung des Landes. Die von ihm als Schlussfolgerungen aus seinen nach Siffert geordneten Erwägungen gezogenen Leitfäden lauten:

1. Förderung aller Bestrebungen, die auf den erneuten internationalen Zusammenschluß des Proletariats und den Wiederaufbau der unter den Wirklungen des Krieges zusammengebrochenen sozialistischen Internationalen abzielen, in der Meinung, daß diese die allgemeinen Richtlinien für den gegen den Kapitalismus zu führenden Kampf festzusetzen und das Tempo der Bewegung zu regeln habe.

2. Der Kampf selbst ist durch die auf nationalem Boden organisierten sozialdemokratischen Parteien zu führen unter Anpassung an die durch den kulturell, wirtschaftlich und politisch verschiedenartigen Stand der einzelnen Nationen und Staaten bedingten Verhältnisse.

3. Voraussetzung für die natürliche und ungestörte demokratische Entwicklung ist der dauernde Friede, das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker und ihre internationale Verständigung auf dem Boden des Rechts.

4. Für die neue Internationale sind diejenigen Richtlinien festzustellen, die in dieser Richtung gehen, praktisch ausführbar sind und deswegen einigende Kraft besitzen, nämlich

a) Abschaffung der stehenden Heere und Ersetzung durch Milizorganisationen;

b) internationale Schiedsgerichte für alle internationalen Streitigkeiten und obligatorische Verpflichtung aller Staaten zur Anrufung der schiedsgerichtlichen Entscheidungen;

c) Ablehnung der Militärkredite in allen Staaten, deren Regierungen und Parlamente eine solche Verpflichtung sowie den Uebergang vom stehenden Heer zum Volkshäuer mit kurzer Dienstzeit ablehnen. Allgemeine und verbindlich gefasste Beschlüsse der Internationalen schließen die Verpflichtung der national organisierten sozialdemokratischen Parteien in sich, im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken.

5. Für die schweizerische Partei, deren Land bereits eine Milizorganisation besitzt, ist die grundsätzliche Ablehnung aller Militärkredite im Frieden wie im Kriege nicht nur ein grundsätzlicher falscher Standpunkt, sondern auch ein politischer Fehler. Sie hat vielmehr die Pflicht, an Stelle der grundsätzlichen prüfunglosen Ablehnung objektiv festzustellen, ob für unser Land militärisch, wirtschaftlich und finanziell die Landesverteidigung hinsichtlich der technischen Mittel, der Sicherstellung der Rohstoffbeschaffung und ihres quantitativen und qualitativen Bedarfs tatsächlich noch möglich ist, ob die finanziell notwendigen Mittel beschafft und ob sie nach dem Grundlag der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gedeckt werden können.

Von dem Ergebnis dieser objektiven Feststellungen ist die definitive Stellungnahme der Partei zur Militärfrage abhängig zu machen.

Wie Scherrer und Müller geht auch Genosse Grimm vom internationalen Kapitalismus, dem kapitalistischen Imperialismus und den Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges, namentlich für die kleinen Staaten aus und seine gründlichen Erwägungen führen ihn zu folgenden Schlussfolgerungen:

a) International: Förderung aller Bestrebungen, die zur Schaffung einer lebenskräftigen, aktionsfähigen proletarischen Internationalen in verbindlicher Weise für ihre angeschlossenen Parteien und Organisationen unternommen wurden.

b) National: Grundsätzlicher Kampf für die Beseitigung des Militarismus in allen seinen Formen. Kampf gegen den Chauvinismus und Nationalismus und gegen die militärische Erziehung der Jugend. Grundsätzliche Ablehnung aller militärischen Förderungen und Kreditbegehren im Frieden wie im Kriege. Verpflichtung der sozialdemokratischen Abgeordneten, in diesem Sinne im Parlament zu handeln.

Sollte dieser Kampf, als ein Teil des allgemeinen proletarischen Klassenkampfes, nicht ausreichen, um die Gefahr der kriegerischen Verwicklung der Schweiz zu bannen, so ist die sozialdemokratische Partei, unter der Voraussetzung einer gleichzeitigen Aktion des sozialistischen Proletariats des von der Kriegsgefahr mitbedrohten Auslandes, entschlossen, eine umfassende Aktion gegen die Mobilisation und für eine allgemeine Dienstverweigerung einzuleiten, unterstützt durch einen Massenstreik der Militär- und Kriegswirtschaftsarbeiter und des Verlegetpersonals. Die Organe der Partei haben in diesem Falle gemeinsam mit den Gewerkschaftsorganisationen des Landes die nötigen Anordnungen zu treffen.

Grimm ist also am konsequentesten, aber natürlich knüpft er seine äußersten Konsequenzen auch an Voraussetzungen. Die Frage läßt er indes offen, was dann die schweizerische Sozialdemokratie tun soll, wenn wieder ein Kriegsausbruch droht und jene Voraussetzungen keine Verwirklichung finden.

Die Leitfäden der drei Genossen Grimm, Müller und Scherrer werden die Grundlage bilden beim weiteren Fortgang der Diskussion der Militärfrage in der schweizerischen Sozialdemokratie bis zum Februar 1917. Voraussetzlich werden auch noch die Genossen Raine-Lausanne und Flügger-Bürsch mit Thejen aufmarschieren und so das Diskussionsmaterial bereichern. (2)

Verfuch einer finanziellen Blockade gegen Deutschland.

London, 30. August. (W. Z. B.) „Times“ schreiben im Leitartikel, daß die neue Finanzabteilung des Foreign Office, die am 18. Mai unter Leitung von Sir Adam Wood ins Leben getreten ist, eine finanzielle Blockade gegen Deutschland durchgeführt. Die Londoner Banken haben ihre Geschäftsfreunde in neutralen Ländern aufgefordert, eine Erklärung zu unterzeichnen, daß sie ihre Londoner Kontos nicht zu geschäftlichen Transaktionen mit Häusern in feindlichen Ländern benutzen werden. „Times“ sagen, daß dieses System jetzt mit Hilfe von Detektiven der verbündeten Regierungen durchgeführt wird.

Eine italienische Diskussion über Kriegsziele.

Das Thema der Kriegsdauer und der Friedensbedingungen wird seit einiger Zeit in der italienischen Presse lebhaft erörtert. Insbesondere ist eine Diskussion, die neuerdings im „Avanti“ zum Ausdruck kam, von Interesse, weil sie erkennen läßt, daß diese

Fragen aus ihren bisher beschwommenen Umriszen herausstreifen und festere Gestalt gewinnen. In der Nummer vom 10. August brachte das Organ der italienischen Sozialisten einen aufsehenerregenden Artikel des ehemaligen Sozialisten und jetzigen interventionistischen Abgeordneten A. Labriola, der in der demokratischen Reapeler Zeitung „Roma“ erschienen war und dann vom „Avanti“ nachgedruckt wurde. Freilich nicht ohne Vorbehalte. Der „Avanti“ betont ausdrücklich, daß er sich die Ausführungen Labriolas nicht in allen Punkten zu eigen machen könne, sondern zahlreiche Einwände gegen sie vorzubringen habe. Dennoch halte er es für gut, seine Leser mit dem Inhalt bekannt zu machen, gehe doch aus ihm hervor, daß es auch unter den Interventionisten Leute gebe, die den Kopf nicht ganz verloren haben und das Problem der Kriegsdauer und die Notwendigkeit einer beschleunigten Durchsührung des Friedens in ihrer ganzen Schwere empfinden.

In dem erwähnten Aufsatz geht Labriola davon aus, daß die Initiative in den militärischen Operationen nunmehr von den Zentralmächten auf den Viererband übergegangen sei. Die Aktionen im Westen hätten zwar einen lediglich vorbereitenden Charakter. Dafür seien die Erfolge der Russen auf dem östlichen Kriegsschauplatz um so bedeutender. Trotzdem sei auch hier das Tempo des Vormarsches noch langsam. Zum Winter würden die Russen wohl kaum über Bemberg und die Karpaten gerückt sein, und so müsse man sich notgedrungen abermals auf einen Winterfeldzug gefaßt machen. Man müsse bedenken, daß die Auferstehung von Anstalten wie, daß der Krieg nur mit dem Herfall Oesterreichs und der Vernichtung Deutschlands endigen könne, zu einem Hebel des äußersten Widerstandes seitens des Gegners werden müsse. Die falsche Meinung, die Entente strebe eine vollkommene Niederwerfung Deutschlands und seine Unterwerfung unter den Einfluß fremder Staaten an, würde das ganze deutsche Volk noch enger mit seinem Herrscherhause zusammenschließen und es zum höchsten Einsatz seiner Kräfte anspornen, um den Plan seiner Feinde zum Scheitern zu bringen. Solche schriftlich und mündlich geäußerten Ansichten seien daher sehr gefährlich und stellten das größte Hindernis für eine fruchtbare Friedensdebatte dar.

Diese bemerkenswerten Darlegungen Labriolas nimmt der unter dem Pseudonym **Al. Nigist** schreibende Abgeordnete **Wenose Trebes** zum Anlaß, um in einem weiteren Avantiartikel vom 15. August den sozialistischen Standpunkt zu dieser Frage gegen den des Interventionisten Labriola abzugrenzen und zu formulieren. Mit Genugtuung und leichter Ironie stellt Trebes zunächst die Wandlungsfähigkeit des letzteren fest; immerhin sei es erfreulich, daß Labriola nach 24 Kriegsmontaten zugeben müsse, daß die Ereignisse und Verhältnisse durch ihren Wandel auch unsere Voraussetzungen, Wünsche und Forderungen beeinflussen. Aber es sei charakteristisch, mit welcher Leichtfertigkeit die Interventionisten, die noch vor kurzem leidenschaftlich für den Krieg eintraten, sich jetzt dazu entschließen, vom **Frieden** zu reden. In einem Punkte freilich herrsche zwischen ihm und Labriola volle Übereinstimmung. Wie auch die Deutschen über die verantwortlichen Leiter ihrer Staatsgeschicke denken mögen, man müsse es ihnen überlassen, sich ihre innere Freiheit selbst zu erkämpfen und könne nur hoffen, daß sie dies tun werden, indem sie ein neues Menschenrecht begründen.

Dagegen bestrehe keinerlei Übereinstimmung mehr über die von Labriola aufgestellte Forderung, der Krieg müsse zum Sommer 1917 beendet werden. Hier gerate Labriola mit sich selbst in Widerspruch. Der ganze Romaartikel laufe darauf hinaus, zu beweisen, daß eine baldige Lösung des Weltkonfliktes undenkbar sei und daß die Kapitulation nur nach langen schweren Kämpfen erfolgen könne. Und doch soll nach Labriola der Friede im Sommer 1917 geschlossen werden. Warum? In dieser unantworteten Frage liegt das ganze Rätsel beschlossen. Warum erst im Sommer 1917 und nicht schon im Herbst 1916? Offenbar sei Labriola sich nicht ganz klar über die Kriegsziele, die die Regierungen der Entente verfolgen, daher tappe er völlig im Dunkeln. Dagegen könne Trebes nur an die Worte erinnern, die er vor einiger Zeit einmal geschrieben habe: Wozu sollen wir noch einen weiteren Kriegssommer erleben, wenn doch der nächste Winterschnee die kriegerischen Operationen zum Stillstand bringen und allen Nationen Gelegenheit geben wird, sich von ihren Verlusten zu erholen, Unmengen neuen Kriegsmaterials herzustellen und neue Scharen erwachsener junger Rekruten der Armee zuzuführen? — Zweifellos gebe es Gründe, die einer Anknüpfung von Friedensverhandlungen im Wege stehen, aber man könne wegen der Zensur nicht über sie sprechen. Schon zweimal hätte er im „Avanti“ versucht, seine Ansicht über diese Fragen darzulegen, allein beide Male sei die Zensur dazwischen gekommen. Auch diesmal ist es Trebes nicht gelungen, seinen Gedanken zu Ende zu führen, auch diesmal ist der letzte Teil seines Aufsatzes der Zensur zum Opfer gefallen.

Italienische Forderungen.

Vera, 1. September. (W. L. W.) Die heutigen italienischen Morgenblätter enthalten ein Dekret, in dem die italienische Regierung die von den feindlichen Regierungen in unerlösten Gebieten erfolgten Abtretungen und Konfiszierungen für nichtig erklärt.

„Idea Nazionale“ schreibt dazu, die italienische Regierung werde auf Grund dieses Dekretes bei den Friedensverhandlungen alles zurückverlangen, was unzureichenderweise aus den Provinzen Trentin, Triest, Istrien und Dalmatien weggenommen worden sei, damit diese mit dem gesamten Kunstbesitz dem italienischen Vaterlande einverleibt werden können. Das Dekret zeige außerdem, daß die italienische Regierung unter allen Umständen die vollständige Herausgabe aus politischen Gründen konfiszierten italienischen Eigentums durchsetzen wolle.

Die holländische Regierung gegen die Marineorganisationen.

Amsterdam schreibt man uns: Seit einiger Zeit ist das leidliche Verhältnis, das ehemals zwischen den holländischen Marineautoritäten und den organisierten Seeleuten bestand, beheblich gestört. Die Ursachen davon sind verschiedene Art. Vor allem ist es der Weltkrieg, der die militärischen Behörden begrifflicherweise nervös macht. Die Befürchtung, daß die wertvollen asiatischen Kolonien Hollands früher oder später im Kampfe der imperialistischen Weltmächte in Willkürherrschaft gezogen werden könnten, ist nicht unberechtigt, und es ist eine Tatsache, daß die Verteidigung der Kolonien mangelhaft organisiert war. Es wird denn jetzt auch auf mannigfache Art an der „Vereinskraft“ gearbeitet. Die Unterteilung der herrschenden Klassen Hollands wird aber auch durch die zunehmende politische Regsamkeit der eingeborenen Bevölkerung gesteigert, die, wenngleich sie bisher keine separatistischen Tendenzen kundgibt, doch unter dem Einfluß des religiösen und Rassenideologien ein erhöhtes Selbstbewußtsein zeigt, das die um ihre sozialen Privilegien besorgten Auswärtigen des Kolonialismus mit Besorgnis erfüllt. Natürlich möchten diese auch die Gelegenheit wahrnehmen, unter dem Vorwand nationaler Sicherung die unbedingten Organisationen der Arbeiterklasse zu entwaffnen oder ganz zu vernichten. Die vom rücksichtslosen Ausbeutergeist beherrschte koloniale Presse ruft nach strengem Vorgehen gegen die Unruhestifter und findet bei großkapitalistischen Organen in Holland selbst Unterstützung. Die tendenziöse Aufbauschung einzelner unbedenklicher Streiche, wie sie die tropische Sonne manchmal ausstrahlt, tut das übrige.

Den stärksten Anstoß zu der jetzigen Aktion gegen die Organisation gab eine Demonstration von Seeleuten in Surabaya, die ihren Anlaß in Mißständen im Marinehospital hatte. Die Kundgebung nahm einen recht tumultuarischen Charakter an, wobei überreicher Alkoholgenuss mitspielt zu haben scheint. Die Folge waren Verhaftungen und Verurteilungen. Die Presse beilegte sich für den vorgekommenen Unfug die lokalen Leiter des Bundes für das untere Marinepersonal und überhaupt diese

ganze Organisation verantwortlich zu machen, die für die wirtschaftliche und moralische Besserung der Lage der Seeleute überaus verdienstlich gewirkt hat.

Die Vorgänge in Surabaya hatten verschiedene Folgen. Zunächst kommandierte man zum Erjah der nach Europa zurückgekehrten Demonstranten Angehörige der holländischen Seemiliz — ein Vorgang, der bei den Betroffenen und ihren Angehörigen und weit darüber hinaus großes Aufsehen hervorrief und allerhand Kundgebungen und Zwischenfälle hervorrief. Weiter brachte die Regierung einen Geleitzug ein, der für Widerstandlichkeiten von Marineangehörigen, auch wenn sie nicht an Bord gegangen werden, eine Strafe bis zu 5 Jahren Gefängnis vorseht.

Vor einigen Tagen wurde aus Indien ein neuer Zwischenfall gemeldet. Die Anhänger der „Vereinskraft“-Bewegung hatten in Batavia eine Kundgebung für die Organisation der Selbstverteidigung der Kolonien organisiert und dazu eine Reihe von Vereinigungen eingeladen, u. a. auch die Ortsgruppe Surabaya des Bundes des unteren Marinepersonals. Ob damit im Hinblick auf die besprochenen Vorgänge eine Provokation beabsichtigt war, entzieht sich unserer Kenntnis. Tatsache ist, daß wegen der Antwort, die auf die Einladung erfolgte, der Vorsitzende und der Schriftführer in Haft genommen wurden.

In Holland selbst holte die Regierung zu einem entscheidenden Schläge gegen die Organisation der Marineangehörigen aus. Neben dem Bunde des unteren Marinepersonals, das seinen Sitz im Kriegshafen De Helder hat, besteht der Bund van Zeemilitieus, der an der Agitation gegen die erwählte Verwendung der Seemiliz in den Kolonien, eine vom Standpunkt der Weisheitsgründung strittige Verfügung, teilgenommen hat. Indem man nun die Vorgänge in Indien und in Holland, bei den Matrosen und der Seemiliz in eine bestrebliche Verbindung brachte und schließlich den ganzen Bund des unteren Marinepersonals für das Verhalten der indischen Ortsgruppe mitverantwortlich machte, kam man zu einer Maßregel, die vor allem denjenigen Genugtuung gab, denen die Duldung, die bisher gegenüber der sozialistischen Aufklärungsarbeit bei den mobilisierten Meeresangehörigen geübt worden war, ein Vergnügen gewesen ist. Der Oberstkommandierende des Heeres und der Marine, General Snijder, hielt den Anlaß für gegeben, in einem Rundschreiben an die Marinebehörden mit Verurteilung auf die Verbreitung von angeblich der Kriegszucht gefährlichen Schriften an Bord und auf den „höchst unzulässigen Geist“ des Korrespondenzblatts des Bundes von Zeemilitieus ein absolutes Verbot der Schriften und Zeitungen des Bundes für die Marineangehörigen an Bord oder in den Marineeinrichtungen an Land zu erlassen. Auch sollen Äußerungen vom Vereinigungsleben unter keinerlei Form an Bord oder bei Unterteilen der Marine an Land geduldet werden. Der Erjah trifft also auch die Angehörigen des Bundes von Nieder-Marinepersonal und hebt die Gewerkschaftsfreiheit der Marinepersonale tatsächlich auf.

Der Zentralvorstand des Bundes hat diese Verfügung mit einer am 25. August beschlossenen Erklärung beantwortet die folgendes besagt: Die Leitung der Ortsgruppe in Surabaya sei nicht beauftragt gewesen, in dieser Angelegenheit selbständig zu entscheiden, da die Leitung der ganzen Organisation ausschließlich beim Zentralvorstand liege. Der Bund stehe unerschütterlich auf dem Standpunkt, daß die Mitglieder ihre militärischen Pflichten zu erfüllen hätten. Dazu gehören auch die Verteidigung von Niederländisch-Indien, wozu sie sich gerade durch ihre freiwillige Dienstnahme verpflichtet hätten. Der Bund lehne also die Verantwortung für das Schreiben der Ortsgruppenleitung Surabaya ab, falls dieses wirklich einen mit diesem Standpunkt nicht übereinkommenden Inhalt habe. Er protestiere aber gegen die Freiheiten des Haager „Nieuwen Courant“, der den Bund als staatsfeindlich hinzustellen.

Was nun folgen wird, ist ungewiß. Daß die obersten Meeresbehörden nach dieser offenen Erklärung, die in der Geschichte des Bundes ihre Bestätigung findet, ihre Verfügung einfach zurücknehmen werden, ist nicht zu erwarten, da es sich um das Prinzip der Autorität handelt, das in Holland, bei manchem liberalen Nachgeben im Kleinen, im entscheidenden Fall mit den gleichen Kraftmitteln geschlagen wird wie in anderen bürgerlichen Staaten. Andererseits werden die Seeleute ihr Gewerkschaftsrecht nicht mit einem Federstreich beseitigen lassen wollen und die Arbeiterpartei wird es auch nicht stillschweigend ansehen können, daß die Regierung des Unrechts in die Fußtapfen des Herrn Abraham Kupper tritt.

Die dänischen Neuwahlen.

Kopenhagen, 1. September. (W. L. W.) Der Ministerpräsident hat heute im Folkething eine Vorlage betreffend das Inkrafttreten der neuen Konstitution ab 6. Oktober eingebracht. Die Wahlen für das Folkething und das Landsting finden im Oktober bezw. November statt. Die Konvention betreffend den Verlauf der dänischen Antillen wird dem neugewählten Reichstage zur Ratifikation überzulesen werden.

Hearst über die Kriegsdauer.

New York, 28. August. (Kunstsprache des Vertreters von W. L. W.) William Randolph Hearst sagt in einem langen Leitartikel im „American“: Der europäische Krieg kann in alle Ewigkeit verlängert werden, wenn die kämpfenden Staaten von den Vereinigten Staaten Waffen, Munition und Geld erhalten können, um ihre Bevölkerung hinzunehmen. Und wenn der Krieg endlos fortgeführt wird, so wird völlige Verwüstung und Zerrüttung die Folge sein. Die europäischen Länder mit Geld zu versehen zur Fortsetzung der mörderischen Kriegführung, das ist nicht nur ein Unheil und unmenschlich, sondern es ist unklug und gefährlich für unser Land. Denn die Vernichtung und Erniedrigung der weißen Rasse macht die gelbe Gefahr immer bedrohlicher. Hearst erwähnt die Erklärungen hervorragender Engländer in verschiedenen Stellungen über die Möglichkeit einer drohenden Zahlungsunfähigkeit in England und eine mögliche „Revolution und Zahlungsinstellung“, die eine Fortsetzung des Krieges herbeiführen könnte, wobei er feststellt, daß im Augenblick keine Aussicht auf Beendigung des Krieges auf rein militärischer Grundlage vorhanden ist. Hearst hebt hervor, daß die Kriegslage heute nicht wesentlich von der vor einem Jahre verdrängt ist, als England seine erste Anleihe in den Vereinigten Staaten unterzubringen suchte. Er weist auf den kleinen Geländegewinn der Alliierten an der Westfront im Betrage von etwa vierzig Quadratkilometern hin und stellt dem den deutschen Gewinn in der Ostfront im Betrage von ungefähr 80 000 Quadratkilometern gegenüber. Hearst kommt zu dem Schluß: Es ist Pflicht Amerikas und des amerikanischen Volkes, den Friedensschluß zu befördern und zu beschleunigen, und nicht den Krieg in die Länge zu ziehen.

Amerikanische Stimmen über die Heimkehr der „Deutschland“.

New York, 28. August. (Kunstsprache des Vertreters von W. L. W.) Die amerikanische Presse bespricht lebhaft die sichere Heimkehr der „Deutschland“ nach Bremen. Unter der Überschrift „Deutschlands Triumph“ schreibt „World“ in einem Leitartikel: Die Ankunft der „Deutschland“ in Bremen bedeutet eine Relfe, die in ihrer Neuartigkeit und den Umständen lächerlicher Abenteuerlichkeit eine herrliche Sensation darstellt. Es bildet eines der großen seelportalen Ereignisse des Krieges. Die Herausforderung der überlegenen Seemacht des Feindes durch die schwache Kraft und die Geschicklichkeit, mit der sie durchgeführt worden ist, können wohl bei Freund und Feind Begeisterung erwecken. An der aufstauernden Kriegsmacht vorbei in Sicherheit nach Hause zu gelangen und die Rege und Hallen des Feindes, der über die Bewegungen auf dem

Laufenden war, zu vermeiden, das war eine schwere Probe, und der Erfolg, der erreicht worden ist, krönt die Anerkennung der seemannischen Tüchtigkeit des Kapitäns König und seiner Mannschaft.

In den Händen der Deutschen ist das Unterseeboot in gleicher Weise ein Gegenstand des Bewunders und des Lobes geworden. Es ist angenehmer, bei seiner Entwicklung zum Unterwasser-Transportmittel zu verweilen, als einem tauchfähigen U-Boot, durch dessen Benutzung eine Nation, die sich im Kriege befindet, und deren Häfen abgeleert sind, wieder Zutritt zu neutralen Häfen erlangen und den nötigen aber unterbundenen Handel fortführen kann. In der Anerkennung dieser entschlossenen Tat des Wagemutes ist die Welt voller Bewunderung.

Im „Brooklyn Eagle“ heißt es: Die Art, wie die „Deutschland“ hier aufgenommen und behandelt worden ist, sollte deutlich zeigen, daß die amerikanische Öffentlichkeit Unterschiede zu machen weiß und allen Erklärungen des Krieges gegenüber gerecht ist, die nicht unmittelbar die Interessen und Rechte Amerikas gefährden. Die allgemeine Anerkennung für die Tapferkeit und den Wagemut der Besatzung der „Deutschland“ ist nirgends deutlicher zum Ausdruck gekommen als in Amerika.

Zum amerikanischen Eisenbahnerstreik.

Amsterdam, 1. September. (W. L. W.) Nach einem hiesigen Blatte wird der „Times“ aus Washington berichtet, daß es von dem guten Willen des Kongresses abhängt, ob der Achtstundentag für das Eisenbahnerpersonal vor Sonnabend Gesetz wird und ob der drohende Streik kommen wird oder nicht. Die Eisenbahngesellschaften erklären nachdrücklich, daß der Streikbeschl nach der Sitzung des Kongresses am Sonnabend nicht mehr zurückgenommen werden würde. Es werden nun alle Mittel in Bewegung gesetzt, um die Vorlage rechtzeitig durchzubringen.

Der ausländische Handel leidet bereits unter der Furcht vor der nahenden Katastrophe. Der Weizenpreis ist um zehn Cent gefallen, da man fürchtet, daß die Verschiffung des Weizens behindert werden wird. Außerdem hat man Besorgnisse, daß viele Schiffe infolge Mangels an Steinkohlen nicht werden ausfahren können. Die Hoffnung, daß der Streik vermieden werden wird, ist zwar noch nicht ganz geschwunden, aber die Aussichten sind schlecht.

Washington, 1. September. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Gesetzesvorlage zur Beilegung des Eisenbahnerkonflikts, die heute im Repräsentantenhaus eingebracht wurde, enthält die Ermächtigung zur Einföhrung des Achtstundentages und zur Ernennung einer besonderen Kommission, die über die Durchführung des Gesetzes wachen soll. Ferner soll die Zahl der Mitglieder der Interstate Commerce Commission vermehrt und der Betrieb der Eisenbahnen im Falle von Streiks vom Militär übernommen werden. Das Gesetz sieht Geldstrafen von 100 bis 1000 Dollar und Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr Gefängnis vor.

Kleine Kriegsnachrichten.

Amsterdam, 31. August. (W. L. W.) Einem hiesigen Blatte zufolge meldet der Berichtler der „Times“ aus Saloniki über die Beschießung der Forts von Kavalla: Die Beschießung dauerte über 50 Minuten und wurde von zwei Monitoren und einem Kreuzer durchgeführt, die die größt Forts aus einer Entfernung von zehn Meilen unter Feuer nahmen. Ein Flugzeug gab den Schiffsgeschützen Richtung und Entfernung an.

London, 30. August. (W. L. W.) Die Blätter bringen eine drastische Nachricht aus Petersburg vom 27., daß die russischen Militärbehörden einen vollständigen Automobildienst von Archangelsk nach Petersburg eingerichtet haben. Die Strafe ist neu hergerichtet. Die Automobile, größtenteils schwere Lories, werden von den Vereinigten Staaten geliefert.

London, 31. August. (W. L. W.) Der Dampfer „Calypso“ aus Hull, der am 7. Juli nach Kristiania ausgefahren ist und von dem man seit dem 9. Juli nichts mehr gehört hat, wird jetzt von Lond auf die Liste der vermischten Schiffe gesetzt.

Amsterdam, 1. September. (W. L. W.) Hier ist der Ratwitzer Seeringlogger „Gendracht 1“ mit den Besatzungen der Fischerkiffe „N. W. 100 Noordster“ und „N. W. 100 Adrianus J. A. 100“ angekommen, die beide auf Minen gestoßen und gesunken sind.

Letzte Nachrichten.

Rumänische Kriegsmassnahmen.

Rom, 1. September. (W. L. W.) Agencia Stefani meldet aus Bukarest: Das Oberkommando des rumänischen Heeres liegt in den Händen des Königs. General Ilescu wurde zum Unterchef des Generalstabes ernannt. Der Generalstabchef ist noch nicht ernannt. Das Parlament ist zum 2. September einberufen und wird nur eine einzige Sitzung abhalten. Der Ministerrat hat im Prinzip beschlossen, die Grundlage des Kabinetts zu erweitern durch Ernennung von Ministern ohne Portefeuille und von Unterstaatssekretären. Die Maßnahmen werden erst in der nächsten Woche zur Durchführung gelangen.

Griechenland und die rumänische Kriegserklärung.

Athen, den 1. September. (W. L. W.) Die „Times“ meldet aus Athen vom 29. August: Die Kriegserklärung Rumäniens hat hier einen tiefen Eindruck gemacht, selbst in antiententeilischen Kreisen. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß dieser Vorgang seine Einwirkung auf die Teilnahme Griechenlands am Kriege haben werde. Es herrscht auch der Eindruck, daß das Kabinett Daimis, dem liberale und nationalistische Führer ihr Vertrauen ausgesprochen haben, nachdem parteiübergreifende Zusammenkünfte hatten, in der Lage ist, alle nötigen Schritte, die durch eine Wendung der Geschicke eintreten könnten, zu unternehmen.

Erklärung des Heringsfanges durch die Engländer.

Kopenhagen, 1. September. (W. L. W.) Nach einem Stockholmer Telegramm von „Berlingske Tidende“ haben die Hauptinteressen der schwedischen Heringsfangexpeditionen nach Island wegen der Schwierigkeiten, die anbauend dem Heringsfang bei Island von den Engländern berichtet werden, beschlossen, die Fischer nicht fortzusetzen und sämtliche Fischerfahrzeuge zurückzurufen. Der dänische Fischer „Alexander“ ist auf der Rückreise von Island von den Engländern gezwungen worden, seine große Heringsladung über Bord zu werfen, um der englischen Aufbringung zu entgehen.

Wiederaufnahme des Postpaketverkehrs mit der Türkei.

Amstich, Berlin, 1. September. (W. L. W.) Der Postpaketverkehr mit der Türkei, der vorübergehend eingestellt war, wird von jetzt ab wieder aufgenommen. Vorläufig dürfen jedoch von einem Abfender täglich nur 20, bei dringendem Bedürfnis höchstens 30 und bei Arzneimittelsendungen 50 Stück aufgeliefert werden.

Die Explosion in Yorkshire.

London, 1. September. (W. L. W.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Amlich. Der Verlust an Menschenleben bei der Explosion in der Munitionfabrik in Yorkshire ist nicht so groß, wie zuerst angenommen wurde. Es wurden 39 Personen getötet und sechzig verwundet.

Gewerkschaftliches.

Ein Hungerlohn.

In der Berliner Kartonnagenindustrie laufen am 30. September die im Jahre 1912 abgeschlossenen Tarife ab. Eigentümlich war dies schon im Vorjahre der Fall. Unter dem Eindruck der Kriegereignisse wurden jedoch die Verträge bis zum 30. September dieses Jahres verlängert. Eine Verbesserung der Löhne in dieser Industrie wäre unbedingt erforderlich. Wie notwendig dieselbe ist, zeigt ein Brief, den die letzte Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ abdruckt. Derselbe lautet:

Berlin, den 10. August 1916.

An den Buchbinderverband, Abteilung für Kartonnarbeiter.
Wir müssen die Kartonnarbeiterin C. O. seit zwei Jahren regelmäßig unterstützen, da sie nur einen Wochenlohn von 10 M. erhält, was von der Firma auch bestätigt wurde. Es ist wohl kaum glaublich, daß dies der ortsübliche Wochenlohn, insbesondere jetzt bei der Teuerung sein kann und bitten wir deshalb um nähere Aufklärung, was der jetzige Wochenlohn einer Kartonnarbeiterin ist und ob die Firma Martin Pöhl, Große Frankfurter Str. 187., bei der die D. beschäftigt ist, nicht angehalten werden kann, menschenwürdige Löhne zu zahlen.

Ergebenst

Heberwasser, Petersburger Str. 88.

Armenvorsitzer der 114. K. K.

Wenn die Armenverwaltung die Differenz ausgleichen muß, die zwischen den in einer Industrie gezahlten Löhnen und dem notwendigsten Existenzminimum liegt, dann liegt allerdings ein öffentliches Interesse daran vor, daß diese unzulänglichen Löhne eine Aufbesserung erfahren.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Arbeiter A. bei der Firma B. will einen Kriegsschein haben, weil die Arbeit so schwer und der Verdienst so gering ist. Er verdient 75 Pf. pro Stunde. A. ist gelernter Schmied, und um ihm die Möglichkeit zu geben, wieder in seinem Beruf zu arbeiten, wird ihm der Schein angeprochen.

Der Mechaniker G. von der Firma K. will den Kriegsschein haben, weil ihm der Lohn zu gering ist. G. hat erst vor 14 Tagen für 90 Pf. pro Stunde angefangen. Er war mit diesem Lohn einverstanden. G. hat erst im Oktober 1915 angefangen und will nun 1 M. verdienen. Die Firma erklärt sich bereit, den Lohn zu zahlen, wenn sich G. mehr Mühe bei seiner Arbeit gibt und fleißig ist. G. sagt dieses zu und dadurch ist die Sache erledigt.

Der Hebelverdreher C. von der Firma W. in Neudöhlen verlangt den Kriegsschein, weil ihm der Lohn von 70 Pf. zu gering ist. Auch in diesem Fall liegt erst ein Arbeitsverhältnis von 14 Tagen vor, und es wird C. vorgehalten, daß er mit einem derartig geringen Lohnsatz überhaupt angefangen hat. C. erklärt sich zur Weiterarbeit bereit, nachdem die Firma sofort 10 Pf. Zulage zugesagt hat.

Der Stoher B. von der Firma V. in Tegel hat ein körperliches Leiden, das ihm schwere Arbeit nicht gestattet. Die Firma erklärt sich bereit, B. leichtere Arbeit zu geben. Mit dieser Regelung ist B. einverstanden.

Die Formner M. und J. von der Firma C. in Wittenau beantragen den Kriegsschein. Von 50 Arbeitstücken, die in Frage kommen, haben sie bereits 12 Stück fertiggestellt und dabei die Wahrnehmung gemacht, daß sie nicht zu ihrem Gelde kommen. Der Kriegsausschuß steht auf dem Standpunkt, daß die Firma sich mit den beiden Formnern über eine anderweitige Festsetzung des Akkordpreises verständigen muß, und wird die Sache zur erneuten Verhandlung an den Betrieb zurückverweisen.

Deutsches Reich.

Der Verband der Brauerei- und Mälzenarbeiter im Jahre 1915.

Mit Wirkung vom 1. April 1915 trat die Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1915 über die Herabsetzung des Malzverbrauches der Brauereien auf 60 Proz. des Verbrauches in den zwei letzten Friedensjahren in Kraft. Diese Maßnahme hatte die Verschleimung der Betriebskonzentration und die Ausschaltung einer Anzahl Betriebe zur Folge, die bei der Malzknappheit die Produktion einstellen mußten. Trotz der Beschränkung des Malzverbrauches und der Ausschaltung einer Anzahl Betriebe, wodurch die Arbeitslosigkeit vermindert wurde, war eine Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den Brauereiarbeitern nicht erkennbar, weil Arbeitskräfte, besonders auch gelernte, schon vordem knapp waren. Dagegen nahm die Brauindustrie eine beträchtliche Zahl Arbeiter aus anderen Berufen auf, namentlich auch weibliche Arbeitskräfte, die selbst in früher für sie abgeschlossenen Sparten Eingang gefunden haben. Auch in der Mälzenindustrie war eher Arbeitermangel vorhanden, obwohl die Mälzenbetriebe im allgemeinen auch nicht entfernt wie in Friedenszeiten beschäftigt waren. Die Mälzen waren durch die Bundesratsverordnung vom 25. Januar zu Lohn-

mühlen gemacht und arbeiteten als solche im Auftrage der Reichs-Streidestelle und der kommunalen Verbände, andere Mälzen standen still. Ähnliche Verhältnisse im Arbeitsmarkt lagen auch im Brennergewerbe vor.

Der Gewinnung neuer Mitglieder für die Organisation waren somit ziemlich enge Schranken gezogen; trotzdem brachte es der Verband auf 8004 Neuaufnahmen. Diese konnten aber die Lücke, die die Zahl der zum Kriegsdienst Eingezogenen riß, nicht füllen, da auch der Wechsel mit Arbeitskräften aus verschiedenen Gründen groß war. Die Zahl der Mitglieder fiel von 27 259 im ersten Quartal auf 21 016 im vierten Quartal.

Mit dem 1. Januar traten die vom Verbandstag 1914 beschlossenen neuen Bestimmungen mit Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen in Kraft. Die Wochenbeiträge erhöhten sich von 80 und 50 Pf. auf 40, 50, 60 und 70 Pf. Der 70-Pf.-Beitrag ist ein freiwilliger für Mitglieder mit einem Wochenverdienst von 27 M. und darüber; solche wurden im Jahre 1915 58 352 geleistet. Die Beitragsleistung war im Durchschnitt 47,2 pro Mitglied.

Den erhöhten Beiträgen entsprechend verringerte sich auch die Jahreseinnahme bei weitem nicht im Verhältnis zur Abnahme der Mitglieder. Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 23 921 betragen die Gesamteinnahmen der Hauptkasse im Jahre 1915 703 043 M., dagegen bei einer Durchschnittsmitgliederzahl von 42 311 im Jahre 1914 betragen die Gesamteinnahmen der Hauptkasse 1 070 884 M. Die Jahresausgaben im Verlage von 840 938 M. überstiegen die Einnahmen um 137 895 M. Die Mehrausgabe wurde verursacht durch die Kriegs- und Notstandsunterstützungen. Die Unterstüzungssummen sind allgemein ziemlich hoch, weil die Unterstützungen in voller Höhe während des Krieges aufrechterhalten blieben. Die Kriegsunterstützungen bedeuteten eine besondere Belastung der Kasse. Die für reine Unterstüzungsberechtigten verausgabte Summe belief sich auf 484 457 M., davon Kriegs- und Notstandsunterstützung 204 271 M., Krankenunterstützung 188 543 M., Arbeitslosenunterstützung 20 790 M., Beerdigungsbeihilfen bezw. Sterbegeld 50 040 M. Das Vermögen der Hauptkasse betrug am Jahresabschluss 1 518 480 M. gegen rund 1 651 325 M. am Jahresabschluss 1914.

Die zunehmende Teuerung verursachte allgemein Forderungen auf Teuerungszulagen. Soweit festzustellen war, wurden 1915 Teuerungszulagen erreicht in 1343 Betrieben für 23 319 Personen. Die Teuerungszulagen werden gezahlt teils in Wochen, teils in Monatsraten. Wöchentliche Zulagen wurden erzielt für 15 778 Personen insgesamt 88 912 M., im Durchschnitt 2,40 M. pro Woche, an der Teuerungszulage in Monatsraten nahmen 12 543 Personen teil mit einer Summe von 142 879 M. oder 11,80 M. pro Monat.

Tarifverträge kamen im Verlagsjahre 890 zum Ablauf; diese umfaßten nach dem Friedensstande 39 000 Personen. Neun Tarife wurden mit Lohn- und sonstigen Verbesserungen erneuert, die übrigen Tarife wurden teils mit Lohn- oder Teuerungszulagen verlängert, andere laufen nach dem Wortlaut der Tarife stillschweigend, in der Regel um ein Jahr, weiter.

Vielfach machten sich auf Unternehmenseite Bestrebungen zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geltend, trotz bestehender Tarifverträge. Auch unbegründete Entlassungen erfolgten trotz des Arbeitermangels. Die verschiedenen Differenzen führten in einigen Fällen zu erfolgreichen Streiks. Der tariflich festgesetzte Urlaub wurde vielfach erst auf Betreiben der Organisation gewährt oder Entschädigung dafür gezahlt. So mußte die Organisation laufend tätig sein, um Verschlechterungsversuche aller Art abzuwehren. Im ganzen waren wegen der verschiedenen Differenzen 325 Abwehrbewegungen zu führen, davon endeten 274 mit vollem, 21 mit teilweisem, 30 ohne Erfolg.

Im Februar 1915 fanden Verhandlungen mit dem Präsidium des Deutschen Brauerverbandes, der Unternehmerorganisation in der Brauindustrie über die Wiedereinstellung der heimkehrenden Krieger statt. Die von der Leitung des Verbandes der Brauerei- und Mälzenarbeiter aufgestellten und von der Leitung der Unternehmerorganisation aufgestellten Grundzüge über diese Frage bildeten dann die Grundlage für lokale Vereinbarungen in einer Anzahl Orte; in anderen Orten gaben die Unternehmer oder ihre Organisation schriftlich ihre Zustimmung kund; es ist auch schon vielfach Gelegenheit gegeben, die Vereinbarungen in der Praxis anzuwenden.

Ausland.

Die Bewegung der englischen Eisenbahner.

Nach Berichten englischer Blätter verlangen die Eisenbahnerarbeiter eine Lohnerhöhung von 10 Schilling pro Woche. Die Regierung versucht nun alles, um einen Streik zu verhindern. Der Handelsminister Bunciman hatte eine Konferenz mit den Direktoren der Eisenbahngesellschaften, um ihre Meinung zu hören.

Die drohenden Streiks in Amerika.

Präsident Wilson und die Führer der Parteien des Kongresses haben sich auf eine Kompromißvorlage zur Beilegung des Eisenbahnerkonflikts durch Einführung des Achtstundentages geeinigt. Die Arbeiterführer haben erklärt, daß sie den Streikbefehl zurücknehmen würden, sobald die Vorlage angenommen wäre. — Nach einem anderen Telegramm aus Washington ist die Achtstundenvorlage dem Repräsentantenhaufe bereits vorgelegt.

Aus Minneapolis wird gemeldet, daß dort alle Getreidemühlen eine halbe Stunde nach Erklärung des Eisenbahnerstreiks geschlossen werden würden.

Aus der Partei.

Dankagung.

Allen Genossinnen und Genossen aus nah und fern, die mir anlässlich meines 75. „Wiegenfestes“ ihre Glückwünsche dargebracht haben, sage ich auf diesem Wege herzlichsten Dank.

Georg Horn,

Reichstagsabg. für den 6. löchl. Wahlkreis Dresden-Land.

Sozialdemokratische Kundgebungen.

In Herford und in Detmold behandelte in zwei öffentlichen Versammlungen, die von je 500—600 Personen aus allen Bevölkerungskreisen besucht waren, Genosse Herbert Berlin die gegenwärtige Lage. Seine Ausführungen fanden starken Beifall.

Eine große Kundgebung war die von über 1200 Personen besuchte Versammlung in Forst (Lausitz). Genosse Landtagsabgeordneter Otto Braun referierte. Seine Ausführungen wurden von starken Zustimmungskundgebungen der Versammlung begleitet. Sehr stark waren bürgerliche Kreise vertreten.

Die Ruhstätte Ferdinand Lassalle in Breslau

war auch in diesem Kriegsjahre mit einem Gedulckranz geschmückt, dessen rote Schleife die Widmung trug:

An seinem Grabe werden Waffen klagen,
Weh' um'rer Zeit, weil sie sich nicht bewußt,
Daß nichts ihr tiefer Bunden mühe schlagen,
Als seiner Votenschaft trauriger Verlust.

Die Kranzniederlegung findet seit Ausbruch des Weltkrieges ohne die früher übliche Begehung durch Polizeibeamte statt.

Aus Industrie und Handel.

Geschäftsergebnisse bei der Auer-Gesellschaft.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 1915/16 ist dem Vernehmen nach bei der Auer-Gesellschaft Berlin erheblich besser gewesen, als dasjenige der Jahre 1914/15 und 1913/14. Für 1913/14 hatte die Bilanzierung Rücksicht genommen auf die Auslandsinteressen und der damalige Abschlag hatte den Ertrag des laufenden Geschäftes von 1914/15 keineswegs verbessert. Die inzwischen in Gang gekommenen neuen Fabrikationen und der weitere Betrieb der alten Geschäftszweige ergaben nunmehr für 1915/16 erstmals ein erhebliches Wiederanschwellen des Uberschusses, so daß dem Vernehmen nach der „Frankfurter Jtg.“ zufolge im Vorbilde von 1914, wo 3,30 Millionen Vorzugsaktien eingelöst wurden, jetzt aus dem Reingewinn ein weiterer Rückkauf von Vorzugsaktien in Betracht komme, wozu die Aktionäre wiederum die seitherigen Dividenden beziehen dürften, das ist 25 Proz. für die Stammaktien und 5 Proz. für die Vorzugsaktien.

Schlechte Kornerte in Dänemark.

Die dänische Roggen- und Weizenernte ist durch fortwährenden Regen starker Gefahr ausgesetzt. Das Korn hängt auf den Feldern zu leimen an. Die Mäharbeit ist noch nicht beendet. Der Gebrauch von Mähmaschinen ist durch Regenschauer sehr erschwert. Um einen Hehlschlag zu vermeiden, muß eine künstliche Korntrocknung versucht werden.

Rückgang der russischen Platinagerinnung.

„Torgormo-Promyshlennaja-Gazeta“ vom 11. August berichtet: Die Selbstkosten der Platinagerinnung sind auf 12—14 Rubel für den Solotnik, gleich 46 000—53 000 Rubel für das Pud gestiegen. Infolge davon und wegen Mangels an Betriebskapital bei den Gewinnern ist auch in der Produktion im Jahre 1915 ein weiterer Rückgang eingetreten:

Gewinnung in Pud:	1911:	352
1912:	337	
1913:	300	
1914:	298	
1915:	215	

Rohplatin mit 83 Proz. reinem Metall, das noch im Mai vorigen Jahres 8 Rubel 20 Kopeken der Solotnik kostete, stieg im August vorigen Jahres auf 11 Rubel 72 Kopeken und kostet heute 17 Rubel 60 Kopeken (8,45 M. das Gramm). Deswegen hat die Reichsbank beschlossen, den Solotnik 83 Proz. Platinerzes mit 10 Rubel statt früher 7 Rubel zu befehlen.

Eingegangene Druckschriften.

Zeitschriften zum Kriegskostenergeseß. Von Dr. C. Hirschfeld. Kart. 2,50 M. — W. Köler, Berlin S. 14.
Die Szene. Blätter für Bühnenkunst, herausgegeben von der Vereinigung künstlerischer Bühnenvorstände. Erscheint monatlich. Pro Jahr 5 M. — „Vita“, deutsches Verlagshaus, Charlottenburg, Hardenbergstr. 14.
Riel Värm um Nichts. Von W. Shakespeare. — Maria Stuart. Von F. Schiller. Zwei Bände der illustrierten Klassiker des Deutschen Theaters herausgegeben von H. Rosenbergs. Einzelband 2,50. — F. Lehmann, Charlottenburg, Kantstr. 6.

Prima Würstchen

100 St. 18.00	Ger. Schinken	kg 6.20
100 St. 16.00	Mettwurst	kg 5.00
	Blutwurst	kg 4.00
	von frischem, best. Rohfleisch, Rasm.,	
	Gilbost-Berf. Artur Schindler, Rog-	
	schlächtere!, Zwickau i. Sa. 19.	

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken, betreffend Aufhebung der Meldepflicht und Beschlagnahme von Aluminium in Fertigsfabriken auf Grund der Nachtragserfüllung Nr. 2. 5347/7 15 SAH ist am 31. August 1916 in Kraft getreten.
Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagstulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.
Berlin, den 1. September 1916.
353. I. III. 16. II. Ang. Der Polizeipräsident.



Zins- Einsparung

Preiswerte Angebote

Moderne blaue Anzüge

Moderne schwarze Anzüge

Moderne Prüfungs-Anzüge

Oberhemden, Kragen, Stulpen, Vorhemden, Hüte, Krawatten,
Handschuhe, Hosenträger, Unterwäsche usw. usw.
Jeder Käufer eines Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

BAER SOHN

Chausseestraße 29-30 BERLIN II Brücken-Straße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10
Sonntag 8-10 geöffnet.



Josefii- Cigaretten

Juno 2 1/2 ₤

Vera 3 1/2 ₤

Elfen 6 ₤

einschl. Kriegszuschlag.

**Qualität
unverändert erstklassig!**

Spezialarzt

Dr. med. Wockentauß,

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung, Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
222/6* störung, Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—1 und 5—8.

Die Zarengeißel

Sturmschreie aus hundert
Jahren: Herausgegeben
von Dr. Franz Diederich

In festem Umschlag
geheftet
50 Pfennig

Das Thema dieses Buches ist
der Kampf gegen den Zirkismus,
der Rußland blutig knechtet u.
Europa barbarisch bedroht. —
Die Zarengeißel ist ein Kampf-
buch voll Unerbittlichkeit. Aus
dem Sturm des gegenwärtigen
Krieges ist es hervorgewachsen.

Zu beziehen durch die:
Buchhandlung
Vorwärts
SW, Lindenstr. 3

Chronik des Weltkrieges.

2. September 1914.

Die mittlere Heeresgruppe der Franzosen — etwa 10 Armeekorps — wurde zwischen Reims und Verdun zurückgeworfen. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Französische Vorstöße aus Verdun wurden abgewiesen.

Die Feste St. Etienne, eine der Grenzbesetzungen der französischen Ostfront, ist gefallen.

Deutsche Luftschiffe haben über Antwerpen und Paris Bomben abgeworfen.

Die einwöchige erbitterte Schlacht in Ostgalizien führte zu einem Siege der Armee Ruffenbergs. Zahlreiche Gefangene und 160 Geschütze wurden erbeutet. Die Russen befinden sich im Rückzuge über den Bug.

Auch bei der Armee Danik sind Erfolge zu verzeichnen.

Lemberg befindet sich noch in österreichischem Besitz. Jedoch ist dort die Lage gegenüber dem Ansturm und Überlegenem russischen Vorstoß sehr schwierig geworden.

2. September 1915.

In den Vogesen wurden nördlich von Münster französische Grabenstücke erobert.

An der Ostfront ist die äußere Fortschanze von Grodno gefallen. 650 Gefangene wurden gemacht.

Westlich des Fortes von Bialystok dauert der Vorrückschritt an. 3070 Gefangene wurden gemacht. Ferner wurden im Sumpfbereich nördlich von Pruzana 1000 Gefangene eingebracht.

Auch die österreichische Armee machte in Ostgalizien Fortschritte. Die russische Dnjestrfront wurde bis zur Serethmündung erschüttert und zum Rückzug gezwungen.

Kriegspolitische Erörterungen.

Die rechtsstehende Presse beschäftigt sich nach wie vor eingehend mit den Betrachtungen, die an die Ernennung Hindenburgs und an den Rücktritt Falkenhayns geknüpft wurden. In der „Deutschen Tageszeitung“ wendet sich Graf Reventlow sehr energisch gegen die gestern hier wiedergegebenen Äußerungen der „Frankfurter Ztg.“, die er ebenso verurteilt wie die „Kreuz-Zeitung“.

In engem Zusammenhange mit diesem Federkrieg gegen die als langweilige angesehenen „Frankf. Ztg.“ stehen die scharfen Worte der rechtsstehenden Presse gegen die aus Wien und Budapest übermittelten Presseäußerungen zum Personenwechsel an den höchsten deutschen Kommandostellen.

„Bedauerlich und zu mißbilligen — schreibt Graf Reventlow — erscheint uns auch die Aufnahme ohne Kommentar von Äußerungen der neutralen, insbesondere der schweizerischen Presse durch die deutsche Presse. Western wurde aus Wien berichtet, man erblicke in dem Personenwechsel den Beweis dafür, daß die deutsche Kriegsführung sich nunmehr hauptsächlich gegen Osten richten werde und die Politik des Reichskanzlers gesiegt habe. Ersichtlicherweise erscheinen ähnliche Äußerungen zugleich in Oesterreich-Ungarn. Western wurde aus Budapest gemeldet: „Wiener Kreise fassen die Ernennung Hindenburgs dahin auf, daß die Politik des Reichskanzlers die Oberhand gewonnen hat. Es ist allgemein bekannt, daß der Reichskanzler in einer im November vorigen Jahres gehaltenen Rede die Meinung ausdrückte, daß man gegen Rußland mit der größten Stärke auftreten müsse. Die Ernennung Hindenburgs bilde den Anfang hierzu. Unseres Erachtens kann es den einschlägigen Faktoren der deutschen Reichsregierung nicht gleichgültig sein, daß aus Oesterreich-Ungarn und der einzigen neutralen Macht, welche auch deutschgeschriebene Presse hat, derartige verwirrende und bedenkliche Gerüchte in die deutsche Öffentlichkeit gelangen. Eine halbamtliche Erklärung dieser Art ist vorgezogen und deshalb um so bedenklicher, als Auslandserwägungen gegenüber liegt unseres Erachtens so nahe, daß man ihr bisheriges Ausbleiben bedauern muß. Gerade jetzt unmittelbar nach dem Personenwechsel würde eine solche Erklärung wirksam sein können.“

Ebenso ablehnend äußert sich auch die „Kreuz-Ztg.“ über die erwähnte Budapest Meldung, mit der sie sonderbarerweise die gestrige informatorische Notiz des Genossen Düwelle im „Vorwärts“ in einen gewissen Zusammenhang zu bringen sucht.

„Wir möchten es dahingestellt sein lassen — bemerkt sie nach Wiedergabe der Mitteilung unseres Genossen —, ob diese Darstellung Düwells ein zutreffendes Bild der Ansichten Hindenburgs gibt. Man hat den Eindruck, daß der sozialdemokratische Berichterstatter das von Hindenburg hat hören wollen, was er als dessen Auffassung mitteilt. Es liegt ein gewisser Widerspruch darin, daß Hindenburg es hinsichtlich Englands ausdrücklich abgelehnt haben soll, sich politisch zu äußern, und dann später doch eine Bemerkung von so weittragender politischer Bedeutung gemacht haben soll, daß für Deutschland die Gefahr der Zukunft im Osten liege. In dessen Fall, wie ihm wolle. Für die Hindenburg jetzt obliegende Aufgabe der Führung des Landkrieges spielt die Auffassung darüber, wo Deutschlands größte Gefahr nach dem Kriege liegt, keine Rolle. Durch den Eintritt Rumaniens in den Krieg ist das militärische Schwergewicht zurzeit ohnehin nach dem Osten verlegt. Dieses Ereignis hat selbstverständlich auch alle in Rußland etwa vorhandenen Neigungen zu einem Sonderfrieden für den Augenblick gänzlich zurückgedrängt und die Kriegsbefürworter ebenauf gebracht. ... Ehe Rußland nicht wieder jede Hoffnung auf Sieg genommen ist, haben dort auch die Elemente keine Aussicht, sich durchzusetzen, die das Ziel in einer Bekämpfung der russischen Politik vom Vorkriegsstande und in einer Verständigung mit Deutschland sehen. Aus diesem Grunde muß zurzeit der Wunsch aller Richtungen bei uns dahin gehen, daß, soweit es die Verhältnisse des Landkrieges irgend gestatten, mit größter Kraft gegen Rußland aufzutreten“ werde. Darüber, wie die Ergebnisse dieses kraftvollen Auftretens von unserer Kriegspolitik am wirksamsten auszunutzen sind, können wir uns unterhalten, sobald sie vorliegen. Aber auch wer die Gefahr unserer Zukunft im Osten sieht, wird sich nicht der Tatsache verschließen, daß England Haupt und Stütze der uns bedrohenden Koalition ist und daß demgemäß die Gefahr der Gegenwart im Westen liegt. Jede Kriegspolitik, die sich über diese Tatsache hinwegsetzen wollte, müßte notwendig auf falsche Bahnen gelangen.“

An die erwähnte Budapest Meldung knüpfen auch die „Berliner Neuesten Nachrichten“ an:

„Dah Herr von Bethmann Hollweg — schreibt das Blatt — sehr stark beteiligt ist bei der Neuordnung der letzten Tage, war für uns von Anfang an zweifellos.“

Das Blatt vertraut aber auf die Mitwirkung Hindenburgs und Ludendorffs auch auf dem Gebiet der „politi-

schen Hintergründe und Grundlagen von Krieg und Kriegsführung, von Diplomatie und öffentlicher Meinung“.

Daneben weist das Blatt, das sich selbst als Kassandra gegenüber der offiziellen deutschen Politik des letzten Jahrzehnts bezeichnet, auf folgende dringende Aufgabe hin:

„Am der Zukunft willen wollen wir es für notwendig halten, daß in die Balkanpolitik des letzten Halbjahres bei uns recht gründlich hineingeleuchtet werde. Und da der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten nach den Äußerungen des Grafen Hertling auch nicht einmal zu ahnen scheint, worauf es in der Politik ankommt und um was es sich für uns in diplomatischen Getriebe nahergerade dreht, so erwarten wir, daß im Reichshausparlament des Reichstages ein Ernst einsetzt werde, der dem Ernst der Lage entspricht. Die Parteien des Bundes von innerpolitischen und persönlichen Kampf hinter den Kulissen einer Auseinandersetzung um auswärtige Politik und um die Verbindung von Politik und Kriegsführung bei uns verfallen wohl allgemach angesichts des Ernstes der Fragen, die wie dunkles Gewölke sich am Horizont erheben.“

Politische Uebersicht.

Kein vorzeitiger Zusammentritt des Reichstages.

Nach der „Kreuz-Ztg.“ haben die Besprechungen der Regierung mit führenden Politikern das Ergebnis gehabt, daß von einer vorzeitigen Einberufung des Reichstages, der bis zum 26. d. M. verlagert ist, abgesehen werden soll. Dagegen beabsichtigt der Reichskanzler nach seiner Rückkehr aus dem Großen Hauptquartier mit den Parteiführern über die Lage Rücksprache zu nehmen, wie er dies auch früher schon wiederholt getan hat.

Der „Vortrupp“ gegen die Kanzlerfronde.

Der „Vortrupp“ (Hamburg, Alfred Ransow) setzt in seiner Nummer 17 vom 1. September seinen scharfen Feldzug gegen die kanzlerfeindlichen Eliten fort. In dem Leitartikel „Kanzlergegner“ schreibt er:

... Wegen seiner Kriegsziele im Westen bekämpfen sie den Kanzler in der Weise, daß sie unserem Volke die Sachlage verschleiern. Vor allem drehen sie es stets so, als sei das, daß der Kanzler angeblich nicht weit genug gehen will, eine Sentimentalität oder eine Weichheit gegen die Feinde maßgebend. Man sagt sich immer wieder an den Kopf, wenn man sieht, daß es in Deutschland Menschen gibt, die nicht genug sind, auf diesen Stumpf hinzuzufallen. Während es doch einfach so liegt, daß sich der Kanzler pflichtmäßig die Frage vorzulegen hat, und vorlegt: Wo liegt, gemessen an den wahren Machtverhältnissen, die Grenze, jenseits deren die Kriegsziele Wahnsinnige werden, Wollstücken, für die deutsches Blut zu opfern, Frevel wäre. Und da steht es für jeden, der sehen will, so, wie es Prof. Troeltsch in seinem schon erwähnten Aufsatz weiter gesagt hat: Troeltsch betont dort (was von vielen bei uns jetzt viel zu sehr vergessen — von manchen auch einigermassen absichtlich in Vergessenheit gebracht — wird), daß unser Volk mit seinen Verbündeten zusammen das schlechthin Wunderbare schon dadurch geleistet hat, daß es einer ungeheuren Uebermacht glanzvoll standgehalten hat. Aber daran sagt er die deutschen, wohl phrasenlos, Worte:

„Uebermacht bleibt Uebermacht und, wie man uns nicht zerschmettern kann, so können wir die andern nicht zerschmettern. Daran müssen irgend wann einmal die Folgen gezogen werden im allgemeinen Bewußtsein.“

Es ist ein schwerer Vorwurf, den man denjenigen Kanzlergegnern, von denen ich spreche, machen muß, daß sie diese Wahrheit dem deutschen Volke durch alle möglichen Wortkünste zu verschleiern suchen, daß sie es immer so hinstellen, als handle es sich nur darum, die Folgerungen aus einem bereits errungenen, oder mindestens sehr leicht zu erringenden, zerschmetternden deutschen Siege zu ziehen, und als sei der Kanzler ein schlapper Kerl, weil er das nicht wolle.

... Dann die U-Wort-Frage. Das Gebot des Krieges steht hier der Erörterung enge Grenzen, zweierlei jedoch wird schon heute zu sagen erlaubt sein: Zum ersten etwas Allgemeines: keiner der Vorkämpfer, die in dieser Sache, offen oder geheim, dem Kanzler gemacht worden sind, hat — in politischen Dingen oder in technischen — eine Grundlage, die hält.“

Nationalliberale für rücksichtslose Kriegsführung.

Der Landesausschuß der nationalliberalen Partei Pommerns hielt in Stettin eine Sitzung ab, um sich mit der gegenwärtigen Lage zu beschäftigen. Nach einstündiger Beratung wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Der Landesausschuß der nationalliberalen Partei Pommerns tritt der Entschließung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei vom 21. d. M. sowie der Entschließung des nationalliberalen Vereins Stettin vom 18. August d. J. ausdrücklich bei. Er spricht die Ueberzeugung aus, daß unser Hauptfeind England, ohne dessen Niederwerfung an einen dauernden Frieden nicht zu denken ist, wirksam und mit Aussicht auf entscheidenden Erfolg nur in seinem eigenen Lande bekämpft werden kann, fordert daher in diesem Darleinstampfe des deutschen Volkes die rücksichtslose und uneingeschränkte Anwendung aller unserer Kampfmittel gegen England, vor allem der U-Boot- und Zeppelin- und verlangt, um über diese Lebensfrage der Nation volle Klarheit zu schaffen, in Uebereinstimmung mit der Erklärung des Generalschleiss v. Falkenhayn eine weitgehende Einschränkung der Zensur.“

Eine merkwürdige Kundgebung.

Die alldoische Presse hat eine Aktion lebhaft begrüßt und riesig ausgebauscht, die am 5. August in München vor sich ging. Am genannten Tage hat der König von Bayern eine Abordnung „einstimmiger Patrioten“ empfangen, die ihm eine Denkschrift überreichten und gleichzeitig ihren patriotischen Bellemungen Ausdruck gaben. Die ganze Aktion war gegen den Reichskanzler gerichtet; man gedachte die einzelnen Bundesfürsten gegen die Reichsleitung auszuspielen. Der König von Bayern hörte die Herren an und gab ihnen dann die Mahnung mit auf den Weg, Vertrauen in die verantwortlichen leitenden Stellen zu haben. Gleich nach dem Bekanntwerden der tatsächlichen Vorgänge bei dem Empfang drach in der alldoischen Presse ein großes Gegerter los. Schließlich forderte man eine amtliche Darstellung der ganzen Vorgänge, und diese Darstellung ist jetzt, nach fast vier Wochen, erschienen. Wie sich die „Tägliche Rundschau“ aus München telegraphieren läßt, hat die halbamtliche Darstellung folgenden Wortlaut:

„In der Audienz, in der Seine Majestät der König am 5. August d. J. mehrere Herren gemeinsam empfing und über die in einem Teil der Presse unrichtige Behauptungen verbreitet wurden, stellen wir folgendes fest: 1. Unter den Audienzteilnehmern befanden sich Angehörige der verschiedenen politischen Parteien und Berufsstände, welche nur durch die gemeinsame Sorge zusammengeführt worden sind. 2. Die von den Audienz-

teilnehmern überreichte Adresse betrifft hauptsächlich die Kriegsführung gegen England und die Handhabung der politischen Zensur. 3. Die Behauptung, daß in der Audienz andere Bestimmungen verhandelt worden seien, wie z. B. Förderung alldoischer Kriegsziele, Partikularismus, politische Reaktion, gehören völlig in das Reich der Fabel.“

Die „Tägliche Rundschau“ legt auf dieser Darstellung eine Verhärterung der alldoischen Behauptungen heraus. In Wirklichkeit ist von keiner Seite bestritten worden, daß unter den Teilnehmern Angehörige der verschiedenen politischen Parteien waren. Daß die überreichte Adresse hauptsächlich die Kriegsführung gegen England und die Handhabung der politischen Zensur betraf, ist auch nirgends in Abrede gestellt worden. Die Herren haben einfach die Wünsche nach einer rücksichtslosen Kriegsführung und das Verlangen nach Befestigung der politischen Zensur, um den Alldoischen freie Bahn zu schaffen, vorgetragen. Daß diese Wünsche letzten Endes auf eine Förderung alldoischer Kriegsziele hinausläufen, kann nicht gut bestritten werden.

Der witzbegierige Landrat.

Der Sozialdemokratische Verein für den Kreis Solingen wollte Stellung zur Reichskonferenz nehmen und beantragte zu diesem Zweck die Genehmigung einer Versammlung. Vom Landrat des Kreises Solingen ging dem Parteisekretär folgendes Schreiben zu:

„Auf Ihre Schreiben vom gestrigen wegen einer Kreismitgliederversammlung frage ich zunächst noch erwidern an, wann und wo soll die Reichskonferenz stattfinden? Meines Wissens ist eine solche noch nicht fest beschlüsselt, auch wohl unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht statthaft, so daß die Vorbereitungen dazu sich erst in späterer Zeit, womit der Zweck der Versammlung in Wegfall käme. Ich bitte um einen Beleg bezüglich der Reichskonferenz.“

Da anerkennend die Einladung an sämtliche Mitglieder des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Kreis Solingen gehen soll, so kann eine geistlose Mitgliederversammlung nach den Jünen bekannten Grundregeln nicht in Betracht kommen.“

Nach einer telephonischen Rücksprache hat der Landrat die Versammlung dann endgültig verboten.

Jesuitengesetz und Wahlreform.

Gleich dem konservativen „Reichsboten“ wendet sich die „Deutsche evangelische Korrespondenz“ (Nr. 87 v. Bl. 2.) gegen den Jesuitengesetzabgeordneten Mumm, der im Gegensatz zu seiner ablehnenden Haltung vor dem Kriege jetzt sogar die sofortige Aufhebung des Jesuitengesetzes befürwortet. Mumm meinte, in dem Jesuitengesetz „Woll“, keine Partei des Reichstages werde sich dem widersetzen. Dazu schreibt die „Deutsche ev. Korr.“ im Anschluß an den „Reichsboten“:

„Wir können aus unserer Kenntnis der Dinge nur hinzusetzen, daß der Abg. Mumm über die Haltung der Parteien im Reichstage nicht richtig unterrichtet ist. Am wenigsten aber liegt Grund vor, aus der Stellungnahme des Abg. Mumm Schluß auf die Meinung des evangelischen Volksteils in der Jesuitenfrage zu ziehen. Wir möchten daher eindringlich warnen. In heutiger Zeit sind Bürgerkrieg und Einigkeit so dringende Angelegenheiten des deutschen Volkes, daß ihnen mit der Erörterung so einschneidend konfessioneller Streitfragen, wie sie die Aufhebung oder Erhaltung des Jesuitengesetzes vor dem Kriege bedeutete, keineswegs gedient sein kann.“

Die Sozialdemokratie war zu allen Zeiten, ist also auch unterm „Bürgerkrieg“ mit der Aufhebung des Jesuitengesetzes einverstanden. Die Zentrumspresse aber, die der Mummischen Anregung freudig zustimmt, bezeugt eine arge Inkonsequenz, wenn sie, wie es ja auch während schon geschah, auf ihrem an sich berechtigten Begehren auch während des Krieges besteht. Die Gründe, die die Zentrumspresse der sofortigen Herbeiführung einer Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts entgegensetzte, mußte sie auch gegenüber dem Jesuitengesetz gelten lassen. Gerade die „Alltägliche Volkszeitung“, die Mumm's Anregung zuerst aufgriff, bezeichnete es noch vor wenigen Wochen (am 25. Juni) als „durchaus unerwünscht und fruchtlos“, jetzt schon einige U-Büro der Fragen des preussischen Landtags und des Gemeindevahlrechts herbeizuführen. Wenn man jetzt an diese Dinge herangeht, fürchtet nämlich das Zentrum das, was Julius Bacher den Konservativen nachsagte: eine „zu sehr links gerichtete Inlandspolitik“. Zudem hätte die „Alltägliche Volkszeitung“ schon die Befürchtung ausgesprochen, daß nach den Angelegenheiten zu schließen sei, daß die Renorientierung auch auf gewissen Gebieten zu weit gehen und in unerfreuliche Bahnen einlenken könnte“. Das besteht sich vor allem auf die Wahlrechtsfrage, deren Lösung um jeden Preis so weit wie möglich hinauszogeschoben werden soll. Hat doch das Blatt der katholischen Arbeitervereine des Westens („Westf.“ vom 7. Mai 1916) die Zentrumspresse des preussischen Abgeordnetenhauses ziemlich deutlich beschuldigt, sie stehe im Begriff, die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, die sie bisher nach außen wenigstens „vertreten“ hat, gänzlich preiszugeben.

Sonderbare Kriegsfürsorge.

In der „Berliner Volkszeitung“ macht E. Kaufhäuser auf Missetände in der Kriegsfürsorge aufmerksam, die kaum glaublich erscheinen sollten. Danach haben zwar zahlreiche Unternehmungen des Handels und der Industrie sich bereit gefunden, den Familien ihrer im Kriege befindlichen Angestellten einen Teil des bisherigen Gehalts weiter zu bezahlen; es kommen aber hierbei vielfach Unternehmerabsichten zur Geltung, die mit „national-patriotischem Empfinden“ nicht das geringste gemein haben.

„So werden — erzählt Herr Kaufhäuser — neuerdings Fälle bekannt, in denen sich die Kriegsteilnehmer durch Unterschrift verpflichten müssen, die empfangene Unterstützung ganz oder zur Hälfte als Darlehen anzuerkennen. So hat eine sächsische Firma die Vereinbarung getroffen, daß die Unterstützungsempfänger nach dem Kriege eine bestimmte Zeit bei ihr verbleiben müssen, widrigenfalls das Darlehen sofort fällig und rückzahlbar wird. Ob es dem Angestellten möglich sein wird, nach seiner Heimkehr trotz der inzwischen eingetretenen Teuerung zum früheren Gehalt weiter zu arbeiten, bleibt unberücksichtigt. Ein Eisenwerk im Meißner Land versuchte nachträglich seinen bereits in beide Verhältnisse befindlichen Angestellten die Verpflichtung abzugewinnen, daß sie innerhalb dreier Jahre nach Friedensschluß im Werke verbleiben, während sie andererseits die erhaltenen Unterstützungssummen einschließlich fünf Prozent Zinsen zurückzahlen haben. Bei dieser Art von „Kriegsunterstützung“ kann man wohl kaum noch von einer nationalen Betätigung der betreffenden Firma sprechen. Es handelt sich vielmehr um eine höchst unsoziale Maßnahme, mit der die nach Friedensschluß notwendige Gehaltssteigerung zwangsweise unterbunden werden soll. Der einzelne Kriegsteilnehmer wird durch die Aufforderung der Firma, die ihn brauchen im Säckengruben erreicht, vor die Wahl gestellt, die Verpflichtung anzuerkennen oder aber seine Familie der Not preiszugeben.“

Herr Kaufhäuser bezweifelt mit Recht, ob diese von den Kriegsteilnehmern erprehten Verpflichtungen als gegen die guten Sitten verstoßend rechtskräftig sind. Jedenfalls bieten sie jetzt — wenn

nicht energisch und generell gegen derartige Mißbräuche eingeschritten wird — für die Betroffenen eine Fessel für ihre künftige Bewegungsfreiheit, von der sie sich nur durch langwierige Prozesse befreien können. Auf das „patriotische Empfinden“ der zu diesen schändlichen Praktiken greifenden Unternehmerrunde werfen diese Vorgänge ein recht bezeichnendes Licht.

Das tägliche Brot.

Verlegung der Erntevorschätzung für Wurzelfrüchte.

Berlin, 31. August. Die in der Zeit vom 1. bis 25. September 1916 angeordnete Erntevorschätzung für Kartoffeln, Zuckerrüben und Futterrüben, Runkelrüben, Kohlrüben (Wobensohlrad, Bruden), Wasserrüben, Herbstrüben, Stoppelfrüben (Turnip), Wüthen (Karotten) ist nach der heute ergangenen Veranlassung des Bundesrats über Erntevorschätzungen erst in der Zeit vom 20. September bis 5. Oktober vorzunehmen. Gleichzeitig ist eine Erntevorschätzung der Hülsenfrüchte, und zwar Erbsen, Linen und Bohnen, letztere getrennt nach Erbsen (Stangen- und Buschbohnen) und Ackerbohnen vorzunehmen. Die Erntevorschätzungen erfolgen durch die nach Bundesratsverordnung vom 22. Mai 1916 ernannten Sachverständigen oder Vertrauensleute. Die Erntevorschätzung für Hülsenfrüchte, die zum ersten Male anberaumt ist, soll eine Uebersicht über das Erntergebnis der Hülsenfrüchte geben. Die Verlegung der Erntevorschätzung der Wurzelfrüchte ist mit Rücksicht auf die Erntezeit der Wurzelfrüchte und auf die gleichzeitig vorzunehmende Abschätzung der Erntevorschätzung des Getreides geschehen.

Die Käseknappheit.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Käseknappheit, die gegenwärtig bei uns wie in fast allen europäischen Staaten bemerkbar ist, findet eine teilweise Erklärung in der um diese Zeit regelmäßig eintretenden Verminderung der Käseproduktion, die allerdings durch die Begleiterscheinungen der Kriegswirtschaft in diesem Jahre eine Verschärfung erfahren hat und sich bei uns auch deshalb stärker fühlbar macht, weil die heimische Käseherstellung durch Verringerung der Viehbestände und anderweitige Inanspruchnahme der Milchherzeugung eine verhältnismäßig recht erhebliche Abnahme erfahren hat. Daneben kommt in Betracht, daß infolge der Einschränkung des Fleischverbrauchs und der allgemeinen Knappheit an Futter und anderen Streichstoffen der Käse als wertvolles Ersatzmittel im Laufe der Zeit sowohl von der Zivilbevölkerung als namentlich auch von der Seereisverwaltung sehr stark in Anspruch genommen worden ist. Die Einfuhr ausländischen Käses hat nur nach Maßgabe des der Jahreszeit entsprechenden Rückganges der Käseproduktion abgenommen.

Zur Versorgung für die fettarmen Wintermonate müssen zurzeit gewisse Minderungen an Käse vorgenommen werden. Um die in der nächsten Zeit verfügbaren, der Nachfrage voraussichtlich nicht mehr genügenden Mengen Auslandskäse unter gerechter Abwägung der berechtigten Anforderungen der einzelnen Bedarfsgebiete zur Verteilung zu bringen, erfolgt die Abgabe in Zukunft nach den Anordnungen des Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts auf Grund eines bestimmten Verteilungsplanes. Der Käse wird auch weiterhin unter weitgehender Heranziehung des Fachhandels in den Verkehr gebracht. Die Befehlungen des Handels unterliegen jedoch der Genehmigung von Zuteilungsstellen, die in den einzelnen Landesteilen eingesetzt worden sind und denen die auf ihre Bezirke entfallenden Mengen regelmäßig von der J. E. G. zugewiesen werden.

Ein „wahnsünniges“ Ausbieten der Pachtpreise.

wird in weisfällischen bürgerlichen Zeitungen festgestellt. So bemerkt das „Westf. Volksblatt“ die Tatsache, daß bei Pachtgrundstücken das Dreifache des früheren Pachtpreises geboten worden ist. Wer es sich leisten kann, sucht ein landwirtschaftliches Besitztum, und es ist es noch so klein, zu pachten, um so für sich durch Selbstherzeugung besser wegzukommen — oder auch, um Geschäfte zu machen.

Verfälschung von Getreidevorräten.

Wie erst jetzt der Öffentlichkeit durch ein Mitglied des Ausschusses des Kommunalverbandes Offenburger Land in Baden bekanntgegeben wird, haben in diesem Bezirk im Januar d. J. von rund 6000 Produzenten volle 5000 ihre Vorräte unrichtig angegeben. Bei der vorgenommenen Nachprüfung waren auf einmal 18 000 Zentner Brotgetreide mehr da, als nach der Bestandsaufnahme vorhanden sein mußte. Ob diese Täuschung der Behörden und die dadurch bewirkte indirekte Schädigung der Konsumenten ungestraft bleibt, muß abgewartet werden.

Ein sächsisches Kriegswachermamt soll in Dresden nach dem Muster des vor kurzer Zeit errichteten preussischen Kriegswachermamts ins Leben gerufen werden. — Die Brotpreise sind in Dresden seit dem 1. September von 70 auf 64 Pf. für ein Vier-Pfund-Schwarzbrot herabgesetzt worden.

Aus Groß-Berlin.

Strausberg-Kalkberge-Friedrichshagen.

Wir fahren mit dem Vorortzuge nach Strausberg, wobei wir beachten, daß die Züge über die Ferngleise verkehren, demnach an den kleinen Stadtbahnstationen nicht halten und von diesen aus daher durch Umsteigen erreicht werden müssen. Die Strausberger Vorortzüge halten auch nicht in Stralau-Kummelsburg. Anwohner der Ringbahn müssen den Anschluß daher entweder in Charlottenburg oder auf dem Schleifischen Bahnhof vornehmen. Mit dem Erreichen von Naußdorf pflegen sich die bis dahin stark besetzten Züge rasch zu leeren, aber auch auf dem Bahnhof Strausberg selbst ergiebt sich noch immer ein großer Strom von Ausflüglern.

Wir gehen am Bahnhof Strausberg neben dem Bahngleise in der Fahrtrichtung, also nach Osten weiter bis zum Bahnübergang, überschreiten diesen und wandern die schöne Waldhauffe gegen Hennidendorf hinab. Zur Linken erscheint die alte Walkmühle mit großen Lagern kräftiger Eichenstämme, die ihrer Bearbeitung harren. Sie liegt an dem zum Stenitzsee ziehenden Fluß. Dieses wird nicht überschritten, sondern wir bleiben stets diesseits des Flusses und schlängeln uns so durch den Wald allmählich an das Nordende des Stenitzsees heran. Die Ufer sind sumpfig, und wir bleiben daher oben im frischgrünen Wald, der manchen schönen Durchblick gestattet. Weiterhin wird der nasse Wiesengürtel am See breiter, Gelbrand fast ihn ein und entfernt unseren Weg weiter vom Seeufer, falls wir uns nicht beträchtlich nasse Füße holen wollen. Oben im hügelig erhöhten Wald hat es damit keine Gefahr. Je mehr wir uns nun dem Südbende des Sees nähern, um so mehr tauchen die Angelegenheiten menschlicher, sonntäglicher „Anstaltungen“ auf. Braune Zeltbahnen, aus denen nackte Beine hervorlugen, Gruppen mehr oder weniger lustig befeideter Lust- und Sonnenbrüder beiderlei Geschlechts, die sich hier entweder mit dem beliebigen Alkohol beschäftigen, sich durch die Büsche jagen oder in Morpheus' Armen von den Anstrengungen der Mahizeit ausruhen. Das Bild ist höchst wechselvoll, solange die Sonne scheint. Wenn man Glück hat, trifft man sogar junge Leute, die vor ihrem Zeltengang

in nahezu adamiischem Kostüm ernsthaft eine Partie Schach erledigen. — Das Gelände ist inzwischen immer „wilder“ geworden. Der Wald hat sich in kleine Gruppen aufgelöst und die Lichtungen entblößen eine ansehnliche Hügel-, um nicht zu sagen Berg-Landschaft. Es ist das Revier alter Kiesgruben, das sich hier in romantischen Krümmungen, Höfen und Tiefen, unweit des Seeufers erstreckt, und der Licht- und sonnenfreudigen Jugend zum indianerhaften Lager- und Zummelplatz dient. Beide Sandhänge wechseln mit Baumbeständen, und auf dem Grunde der alten Gruppen stimmen Wassertrümpel zwischen stellenweise üppiger Vegetation.

Wir weichen nach rechts aus, bis wir die Fahrstraße zwischen Strausberg und Lisdorf wieder erreichen, und wandern hier im Walde gegen Lisdorf weiter. Hier an der Wegkreuzung links, an der nächsten aber rechts (Karte zur Hand!), an den Kalkwerken vorbei auf und ab durch die ausgedehnten Bereiche der Rübendorfer Kalklandschaft zum „Kessel“ am Nordende des vom Kalksee heraufziehenden Kalkkanals. Hier kann man sich im „Dampfbott“ oder in anderen Lokalen ausruhen, und dann noch einen Abstecher in die Kalkberge machen, zum Beispiel auf die nahe Schulzenhöhe oder zur „Hohen Halde“ mit dem Blick auf den Tiefbau. Der Tiefbau ist ein aufgelassener und nun mit Wasser gefüllter großer Kalkbruch. Infolge seiner ansehnlichen Größe ist daraus ein neuer See in der Umgebung Berlins entstanden. Grünbläulich schimmert das Wasser. Wo der Weg in der Nähe seines Randes hinzieht, sieht man die schräg aufragenden Muschelkalkschichten, und hier und da auch Spuren alter Gletschertöpfe, die in die Oberfläche versenkt sind. Grauwetz, rissig und wellig ist diese Fläche, die die Vergleiche von den auflagernden Erdschichten befreit und die sie abgebaut haben, bis die Reste an dieser Stelle anscheinend nicht mehr lohnen. Nun starren die verwitternden Schichtentöpfe einer Kalkinsel, die aus den Schalen von Meeresthoren im Laufe ungeheurer Zeiträume auf dem Grunde eines Meeres aufgebaut wurde, um später in das Niveau der märkischen Ebene emporgehoben zu werden, frei in die Luft, um dem fundigen Wanderer ihre wunderbare Geschichte zu erzählen.

Solange die Dampfböte noch verkehren, kann man vom Kessel mit ihnen nach Woltersdorfer Schleufe und nach Erkner heimfahren. Sonst steigt man in die „Elektrische“, die uns für 45 Pfennige in weniger als einer Stunde durch Wald und Dörfer nach Friedrichshagen und damit an den dortigen Vorortbahnhof bringt. Wer aber seine Stiefelsohlen nicht zu schonen braucht, der wandert am Seeufer entlang bis Woltersdorfer Schleufe und vielleicht auch noch bis Erkner. Hat man nur einigermaßen gutes Wetter, so gehört dieser Ausflug zu den lohnendsten, die man unternehmen kann.

Der Berliner Magistrat für den bargeldlosen Verkehr.

Der Berliner Magistrat stimmte in seiner gestrigen Sitzung den in einer Denkschrift zusammengefaßten Vorschlägen des Stadtkämmerers Böß über die Förderung des bargeldlosen Verkehrs in der Stadtverwaltung zu. Durch eine große Zahl ergänzender und neuer Verwaltungseinrichtungen werden dem Ueberweisungs- und Scheckverkehr über Bank- und Postkonten die Wege in alle Ämter der Stadtverwaltung geöffnet. Auch die Sparkasse wird in weitestem Umfang dem bargeldlosen Verkehr zur Verfügung gestellt. Um das Publikum zur Benutzung von Postkonten anzuregen, wird bei Einzahlung und Ueberweisung auf städtische Postkonten von der Einforderung der Postgebühren abgesehen werden. Zahlreiche städtische Kassen erhalten neue Postkonten und Bankkonten. Für die bargeldlose Entlastung von Steuern, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsgeldern und von Kanalgebühren werden erleichternde Einrichtungen geschaffen. Die Stadt legt all ihren Unternehmern und Lieferanten künftig die Verpflichtung auf, den Geldverkehr hin und her ausschließlich bargeldlos abzuwickeln und ihre Bank- und Postkonten auf den Rechnungen und Briefen aufgedruckt bekannt zu geben. Die städtischen Kassen verzichten auch von jetzt ab auf die sonst fast allgemein von Behörden geforderte vorherige Ueberweisung von Leistungen und auf Leistungen überhaupt im Falle der Ueberweisung auf städtischen Kassen. Die Bargeldvorräte der städtischen Kassen werden eine bedeutende Einschränkung erfahren, und man hofft, große Ersparnisse erzielen zu können. Der Stadtverordnetenversammlung wird eine Vorlage gemacht werden.

So streiten sich die Leute herum.

Ein Straßenbahnwagen hat ein leichtes Geschäftsfuhrwerk, als es die Geleise kreuzte, angefahren und umgestürzt. So etwas kann heutzutage, wo es an gelibtem Fahrpersonal fehlt, wohl einmal vorkommen. Außer ein paar Beulen an beiden Gesäßseiten ist kein Schaden entstanden. Also ein Unfall ohne jede ernste Folgen.

Trotzdem entspinnt sich zwischen der Führerin des Straßenbahnwagens und dem jugendlichen Rutscher des Geschäftswagens ein heftiger Streit darüber, wer von beiden den Unfall verschuldet hat. Fahrgäste und Straßenpassanten bilden einen dichten Knäuel um die Streitenden und ergreifen Partei teils für die eine, teils für die andere Seite. Mit viel Temperament wird der Wortstreit geführt.

Inzwischen herrt der umgestürzte Wagen das Einengengeleise. Eine Reihe von Straßenbahnwagen halten hintereinander. Mehr als hundert Menschen, die meistens keine Zeit übrig haben, werden aufgehalten.

Da rückt die Feuerwehre an. Einer aus der Menge ist wohl auf den Gedanken gekommen, sie herbeizurufen. Mit wenig Mühe, ohne Apparate, nur durch die Kraft ihrer Arme und Schultern bringen sechs Feuerwehrleute den umgestürzten Wagen wieder „auf die Beine“. In fünf Minuten ist das Hindernis beseitigt und der Verkehr flutet wieder in gewohnten Bahnen.

Der Fall gibt zu denken. Warum mußte mit dieser unbedeutenden Angelegenheit erst die Feuerwehre befristigt werden. Was sechs Feuerwehrmänner in wenigen Minuten ohne Schwierigkeit ausführen, das hätten doch acht bis zehn Männer aus dem Publikum auch machen können, wenn nur einer auf den vernünftigen Gedanken gekommen wäre, daß zuerst das Zweckmäßige und Notwendige getan werden müsse. — Aber nein. — Man führt einen ebenso bestigen wie nutzlosen Streit um die Schuldfrage, anstatt das Verkehrs Hindernis zu beseitigen und die Bahn für den Verkehr freizumachen.

So geht es leider oft auch bei Angelegenheiten von erster Bedeutung. Ist wo ein unangenehmes Ereignis eingetreten, dann sucht man in erster Linie nach dem vermeintlichen Urheber des Übels. Man erhebt sich in heftigem Streit um die Schuldfrage und denkt nicht daran, die Ursache des Übels zu beseitigen, auch wenn es mit leichter Mühe möglich wäre. Während man sich streitet, können die Folgen des Ereignisses, um das gestritten wird, sich ins Ungemessene ausbreiten. Aus Funken werden Flammen, aus den Flammen ein verheerender Brand.

Aber so sind die Menschen: sie streiten darum, wer recht hat, vergessen darüber zu handeln und richten dadurch oft schweren Schaden an.

Einen Höchstpreis für Pferdefleisch

hat als erstes Gemeinwesen in Deutschland der Kreis Duerfurth festgesetzt. Im ganzen Kreise darf nach einer

Anordnung des Kreis-Ausschusses Pferdefleisch ohne Unterschied nur zum höchsten Preise von 1,20 M. für das Pfund verkauft werden. — Pferdefleisch nur gegen Fleischmarken — diese Anordnung hat der Magistrat der Stadt Magdeburg erlassen. Die Pferdeschlächter haben genau nachzuweisen, welche Mengen Fleisch sie verkauft haben, auch ist der Nachweis zu führen, von wem das Schlachtvieh gekauft wurde, zu welchem Preise usw. Der Verkauf von Pferdefleisch darf nur gegen Abgabe der Fleischmarken erfolgen und zwar die vierfache Menge der festgesetzten Wochenmenge anderes Fleisch.

60 Millionen Kriegsanleihe aus der Sparkasse.

Nachdem der Magistrat Berlin für die städtische Sparkasse zur ersten Reichs-Kriegsanleihe 30 Millionen Mark, zur zweiten Reichs-Kriegsanleihe 40 Millionen Mark, zur dritten Reichs-Kriegsanleihe 48 Millionen Millionen Mark und zur 4. Reichs-Kriegsanleihe 50 Millionen Mark gezeichnet hatte, hat er in der gestrigen Sitzung beschloffen, zu der neuen 5. Reichs-Kriegsanleihe den Betrag von 60 Millionen Mark zu zeichnen.

Vom Sparzwang für Jugendliche.

Der Sparzwang für Jugendliche wurde für den Bereich des Oberkommandos in den Marken durch Erlass vom 18. März 1916 angeordnet. Bei der Sparkasse der Stadt Berlin hatte das die Wirkung, daß in dem darauf folgenden Vierteljahr April bis Juni 1916 ungewöhnlich viel neue Sparbücher hinzukamen. Im Laufe des Vierteljahres wurden 48 251 Sparbücher neu angelegt, woran die Bücher der dem Sparzwang unterworfenen Jugendlichen mit allein 23 544 beteiligt waren. Aus dem Sparzwang der Jugendlichen ist es auch zu erklären, daß die Einzahlungsfälle sich ungewöhnlich stark mehrten. Einzahlungen wurden in den Monaten April bis Juni 1916 in 294 768 Fällen geleistet, während dieselben Monate von 1915 nur 205 859 Einzahlungsfälle gebracht hatten. Die nahe liegende Annahme, daß auch der Einzahlungsgesamtbetrag ungefähr dementsprechend gestiegen sein werde, trifft nicht zu. Die Einzahlungen ergaben für April bis Juni 1916 zusammen 24 541 809 M., für April bis Juni 1915 dagegen hatten sie 29 035 488 M. ergeben. Gegenüber dem vorigen Jahr ist trotz Befreiung der Einzahlungsfälle um 88 879, eine Minderung des Gesamtbetrages der Einzahlungen um 4 493 679 M. zu verzeichnen.

Ein Mietmahubrief an einen Kriegsteilnehmer.

Den Kriegserfrauen wird oft gepredigt, daß sie nicht alle ihre mehr oder minder wichtigen Sorgen sofort ihren Männern berichten sollen. Köstlicher kann es manchmal sein, einen Kriegsteilnehmer vor Zustriehen seines Hauswirts zu schützen, der schon bei geringer Mietschuld ihm einen Mahubrief samt Androhung nachschickt.

In Reußhain hatte eine Kriegserfrau, die den nach Abzug der Mietbeihilfe verbliebenen Mietanteil noch für etwa den halben Juni und für den ganzen Juli schuldet, den Hauswirt an das Mietseingangsamt verwiesen. Hier mußte der Wirt, der bisher bei 28,50 Mark Monatsmiete mit 11,75 M. Mietbeihilfe nicht einen Pfennig abgelassen hatte, in eine fortan zu gewöhnliche Ermäßigung der Monatsmiete um 1,75 M. willigen. Die Miete für August wurde der Kriegserfrau von ihrer Unterstützung abgezogen und an den Wirt ausgezahlt, dagegen blieben die Mietschulden aus Juli und Juni mit zusammen 17,25 M. weiter in Rest. Nach dieser Entscheidung hielt der Wirt es für angemessen, dem seit Kriegsausbruch zum Heeresdienst einberufenen Mieter einen Brief nachzuschicken, in dem er ihm Vorhaltungen wegen der Mietschulden machte und für den Fall der Nichtzahlung mit Klage drohte. Er ersuchte sich, dem Mann unter anderem folgendes zu schreiben: „1,75 sind in Abzug gebracht und verbleibe nicht, wenn Sie ein rechtsaffiner und rechtsdenkender Mensch sind, wegen dieser Kleinigkeit 1,75 vor Gericht fordern lassen.“ Vergert der Wirt sich darüber, daß er vor dem Einigungsamt 1,75 M. ablassen mußte, oder etwa gar darüber, daß als Ermäßigung nur „diese Kleinigkeit“ herauskam? Wenn es ihm zu wenig ist, so hindert ihn kein Mensch, noch mehr abzulassen. In seinem Briefe wendet er weiter: „Wenn aber der böse Wille da ist, kann nicht geholfen werden, denn Ihre Frau bezieht während des Krieges eine schöne Summe Geldes, was sie beim Mietseingangsamt eingestanden hat.“ Die „schöne Summe Geldes“ setzt sich zusammen aus den der Frau und ihren beiden Kindern gezahlten Unterstützungen, die in Reußhain 55,80 M. pro Monat betragen, ferner aus einem Arbeitsverdienst, der nach Ausweis der Bescheinigungen zweier Arbeitgeber in einem Zeitraum von 21 Wochen nicht mehr als 113,88 M., also durchschnittlich pro Woche 5,42 M. ergab, und schließlich aus den ihr überlieferten Lohnungsersparnissen des Mannes. Wie weit kommt man bei der jetzigen Teuerung mit dieser „schönen Summe Geldes“? Der Hauswirt stellt sie als bedeutend hin und meint, den Mann schreden zu können mit der Anführung, daß man nun der Frau die Mietbeihilfe entziehen werde. Er fragt in seinem Briefe, ob der Mann die noch geschuldeten 17,25 M. in drei Raten bis 1. Oktober zahlen oder sich „wegen dieser Kleinigkeit“ verklagen lassen will, und droht dann: „Wenn Sie nicht damit einverstanden sind und ich klagen muß, kann es nur zu Ihren Ungunsten sein, die Mietunterstützung würde Sie sofort entzogen werden, denn Ihre Frau hat auf dem Mietseingangsamt eingestanden wieviel Sie monatlich bezieht, ich bitte nur um sofortigen Bescheid, da ich beim Gericht um 14 Tage Aufschub gebeten habe, erhalte ich von Ihnen keinen Bescheid, so geht die Sache vom Mietseingangsamt seinen Rechtsmäßigen Gang.“ (Wir geben den Wortlaut hier und überall buchstabengetreu wieder.) Zum Schluß fordert der Wirt von dem Mieter, seiner Frau „das Geld frei aus dem Fenster sowie vor der Haustür“ zu verbieten, und fügt vielsagend hinzu: „denn solche Mieter kann ich nicht länger in meinem Hause dulden.“

Es erübrigt sich wohl, diesem Hauswirtsbriefe noch ein Wort zur Erläuterung beizugeben. Nur das sei gesagt: wünschen muß man, daß Kriegsteilnehmer vor solchen Belästigungen und Drohungen geschützt werden.

Die Gießfarte.

Weil wir noch viel zu wenig mit Karten belastet sind, haben verschiedene Berliner Kirchengemeinden dem Kirchhofpublikum auch eine Karte beschied, die aber den Vorzug hat, daß sie bezahlt werden muß. Hinter der Eingangstür zu den Kirchhöfen der betreffenden Gemeinden ist angehängt: „Die nächsten Angehörigen, die persönlich Gräber gesehen wollen, haben eine Gießfarte zum Preise von 50 Pf. im Kirchhofsbureau zu lösen. Die Karte muß in jedem Jahr erneuert werden.“ Hiernach scheint das Selbstsehen durch Personen, die nicht nächste Angehörige sind, überhaupt nicht mehr erlaubt zu sein.

Verdorbene Butter.

Es ist in Berlin mehrfach vorgekommen, daß Butterkäufer die Butter zurückbrachten, da sie verdorben war. Eine Anzahl Geschäfte hat deshalb folgende Mitteilung an die Kundschaft im Geschäftsflokal anhängen lassen:

„Auf die mir zum Verkauf gelieferte Butter habe ich in bezug auf die Güte keinen Einfluß. Verdorbene und schlechte Butter wird von mir gegen Rückerstattung des Kaufpreises zurückgenommen, doch kann ich nicht in jedem Falle Ersatz liefern.“ Aber auch anderwärts ist verdorbene Butter angeliefert worden. So gibt der Magistrat der Stadt Köpenick bekannt, daß „ein großer Teil der von der J. E. G. gelieferten Butter, etwa 16—18 Zentner, verdorben angekommen seien.“

Such wer Butter gütnerweise verderben läßt, schädigt die Volksernährung.

Nicht Fisch und nicht Fleisch. Die jetzige Zeit der Fleischknappheit hat manchen Veranlassung gegeben, Versuche zu machen, wie es möglich ist, für Fleisch einen Ersatz zu schaffen. Das ist natürlich keine leichte Aufgabe. Ein Herr Dr. Schlemmer hat versucht, das Fleisch von Fischen so zu präparieren, daß es fleischähnlich wird. Wir haben dieser Sache folgende Fischfleisch, das in der Farbe dem gedachten Fleisch gleich ist, ohne daß dabei Farbstoffe zur Verwendung kommen. Aus diesem Fischfleisch aus entzarten Fischen lassen sich verschiedene Gerichte herstellen: Klops, Bouillottes, auch Wurst zum Kochen und zum Schmoren wird aus diesem Fischfleisch geliefert. Es ist nicht Fisch und ist nicht Fleisch — nur optische Täuschung —, aber immerhin schmackhaft, wenn es entsprechend zubereitet ist. Nur in einigen großen Warenhäusern wird dieses Fischfleisch, das in der großen Fleischerei von Vebr in Schöneberg nach einem patentierten Verfahren bereitet wird, feilgehalten. Es ist nicht zu verwechseln mit Do Do Fleisch, das vor 1 1/2 Jahren angepriesen wurde und das aus Klippfisch in Verbindung mit Schweinefleisch hergestellt wurde. Schweinefleisch ist ohnehin nicht zu haben. Das oben erwähnte Fischfleisch wird nur aus frischen Fischgewinnen. Das Pfund wird mit 1 M. 90 Pf. verkauft.

Ein „gutes“ Geschäft. Das folgende niedliche Geschickchen, das den Vorzug hat, wahr zu sein, wird aus einem den Berlinern wohlbekannten Blättern der Ufermark berichtet. Ein dortiger Schlächtermeister hatte während des Krieges so viel verdient, daß seine Frau sich die Erfüllung eines lange gehegten Wunsches erfüllen zu können glaubte. Sie begab sich zu einem Juwelier, um den Brillantschmuck, nach dem ihr Herz schon so lange schmachtete, zu ersteilen. Ihre Wahl fiel auf einen Schmuck, der 2000 M. kosten sollte. Da der Juwelier von dem Preise durchaus nichts herunterlassen wollte, die Frau Schlächtermeister aber auf das Schmückstück verzichtet war, so verließ sie letztere auf einen Ausweg, um ihrem Manne, der zweifellos so viel Geld für den Schmuck nicht vorausgabte hätte, den Kauf billig darzustellen. Sie zahlte 900 M., die sie sich zurückgelegt hatte, an und wollte dann ihren Mann schiden, dem der Kaufpreis des Schmucks mit 1100 M. angegeben werden und der dann gegen Erlegung dieser Summe den Schmuck in Empfang nehmen sollte. Das geschah denn auch. Auf dem Rückwege traf der Schlächtermeister mehrere Bekannte, denen er bei freudigster Unterhaltung auch von seinem Kauf erzählte und den Preis nannte. Als ihm einer der Freunde sofort 200 M. mehr, also 1100 M. bot, glaubte der Schlächtermeister, der so ganz auf Verdienen eingerichtet war, ein gutes Geschäft zu machen und schlug ein. Um so größer war sein Entsetzen, als seine Frau so ganz und gar nicht mit diesem Geschäft zufrieden war und unter Tränen gestand, daß der Schmuck nicht 1100, sondern 2000 M. gelohnt hatte. Das Ende vom Liede war eine recht lebhaft Auseinandersetzung zwischen den Ehegatten, die zu dem Verlust auch noch den Spott tragen mußten.

Ein größeres Schadenfeuer brach am Donnerstagabend um 10 Uhr in Mariensfelde aus. Es brannte der große Viehstall des Rittergutes Alfred Niepert bis auf die Umfassungsmauern nieder. Das Vieh konnte gerettet werden. Durch das schnelle Eintreffen der Feuerwehre des Ortes und der von Mariendorf, Lichterfelde und Tempelhof gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Man vermutet Brandstiftung.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Sonnabend, den 2. September, in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96—97, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, Zimmer 13, außer Sonnabends nachmittags und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Streifenperrung. Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Bestattungsweg neben der Budapeststraße wird wegen Aufspaltung vom 4. September ab auf ungefähr 14 Tage, jedoch nur an den Hochfesttagen von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags, gesperrt.

Aus den Gemeinden.

Sahne für Kranke in Charlottenburg.

Vom 1. September d. J. ab wird die Bewilligung von Sahne an Verwundete, Kranke oder Genesende auf Grund ärztlicher Verordnung oder ohne solche beim Vorlegen eines unabweisbaren Bedürfnisses nicht mehr durch das Polizeipräsidium, sondern durch die Stadtverwaltung erteilt. Die Bearbeitung der eingehenden Anträge wird durch die Charlottenburger städtische Zentralstelle für Kranken-ernährung, Rathaus, Zimmer 80, erfolgen.

Verteilung von Hafersflocken in Neukölln.

Der Magistrat macht bekannt, daß in nächster Zeit auf die Milch-arten der Gruppe A für den Monat August Hafersflocken abgegeben werden. Das Kopfstück der genannten Milcharte ist daher sorgfältig aufzubewahren.

Thunfisch-Ankauf in Weissenhof.

Am heutigen Sonnabend wird in der Verkaufsstelle, Bismarckstraße 24, Thunfisch an jedermann verkauft werden. Jeder Käufer erhält ohne Vorzeigung irgendeiner Karte bis zu einem Pfund. Der Gemeindevorstand beabsichtigt von diesem sehr schmackhaften und in verschiedener Art zu verwendenden Fisch große Mengen einzuräumen zu lassen.

Stadtverordnetenversammlung in Spandau.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung am Donnerstag verlas der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher ein Schreiben des Gewerkschaftssekretärs, worin um Neuregelung der Lebensmittelversorgung ersucht wurde. Das Schreiben wurde der Kriegskommission überwiesen.

Die Vorlage betreffend Bewilligung von 40 000 M. aus der Kriegsanleihe für den Sammelfonds der Arbeiter der Igl. Institute tief eine längere Debatte hervor. Begründet wurde die Vorlage damit, daß die Sammelstätigkeit der Arbeiter nicht mehr so reger ist wie bei Beginn des Krieges und daher ein städtischer Zuschuß zu diesem Fonds, aus dem Kriegerfrauen Extramentierungen erhalten, gewährt werden müsse. Genosse Pieper betonte, daß in letzter Zeit Kriegerfrauen mit 3—4 Kindern, die kein Geld im Hause hatten und bittere Not litten, die einmalige Unterstützung nicht gewährt bzw. die laufende Unterstützung gekürzt worden sei. Neben trat warm für die Vorlage ein, eruchte aber gleichzeitig, daß in solchen Fällen, wo Bedürftigkeit vorliegt, Hilfe gewährt wird. Stadtv. Ritz entgegnete, daß nur in den Fällen gekürzt oder entzogen wurde, wo Frauen mit einem Kind ein monatliches Einkommen von annähernd 200 M. und darüber hatten. Mit Gewährung der Unterstützungen steht Spandau in bezug auf den Höchstbetrag an dritter Stelle. Stadtverordneter Barthel bringt ebenfalls Fälle zur Sprache, in denen Kriegerfrauen die Unterstützung gekürzt worden ist, weil sie bei der jetzigen Teuerung die Woche 10 bis 20 Mark verdienen. Genosse Pieper wies den gegen ihn erhobenen Vorwurf der Uebertreibung zurück. Bei seinen Reden als Bezirksvorsteher haben ihm öfter die Tränen in den Augen gestanden, wenn er die Not und den Jammer gesehen habe. Wenn Einzelsfälle vorlägen, daß Kriegerfrauen Unterstützung erhielten, wo keine Bedürftigkeit vorliege, so dürfe doch darunter die Allgemeinheit nicht leiden. Nach weiterer Debatte wurde die Vorlage ohne Widerspruch angenommen.

Grundständig wurde der Vorschlag des königlichen Wasserbauamts Oranienburg angenommen, die Berliner Torbrücke gegen eine vom Risiko an die Stadt Spandau zu zahlende Ablösungssumme von 388 000 M. zu übernehmen.

Zur Erneuerung der abgefahrenen Gleisstrecken in der Schönwalder und Reudorfer Straße wurden 54 000 M. bewilligt.

Bezüglich Errichtung eines städtischen Wohlfahrtsamtes, dem die Armenpflege, Kriegsfürsorge usw. übertragen werden soll, wurde eine gemischte Kommission von sieben Mitgliedern gewählt.

In geheimer Sitzung wurde beschlossen, eine Anleihe von drei Millionen Mark aufzunehmen.

Mitgliederversammlung in Lichterfelde.

In der am Dienstag, den 29. August, abgehaltenen Wahlvereinsversammlung wurde nach einem Vortrage des Dr. Mojs über „Geschlechtskrankheiten“ über die letzten Vorformulirungen im Kreise, namentlich über die Sonderveranstaltung des alten Vorstandes, am 6. August ausgiebig diskutiert und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins Lichterfelde hat mit Entsetzen erfahren, daß an der Veranstaltung der früheren Kreisvorstandesmitglieder am 6. August auch jemand aus Lichterfelde teilgenommen hat, der sich als Delegierter ausgegeben zu haben scheint. Sie stellt fest, daß von Lichterfelde niemand dorthin delegiert worden ist, wie es sich auch von selbst versteht, daß die Lichterfelder Parteigenossen und Genossinnen mit solcher statutenwidrigen Veranstaltung nichts zu tun haben.“

Anschließend daran wurde über die Abhaltung einer Frauenkonferenz allseitig zustimmend diskutiert. Zu der Kundgebung des Parteivorstandes konnte wegen einiger darin enthaltenen, unklaren und zu Mißdeutungen Veranlassung gebenden Stellen noch nicht Stellung genommen werden.

Soziales.

Vom Begriff des ungelerten Arbeiters.

Das Ortsstatut der Stadt Dortmund über den Fortbildungunterricht bestimmt hinsichtlich der im pflichtigen Alter befindlichen jugendlichen Personen u. a.: „Verpflichtet zum Besuch der Fortbildungsschule sind alle im Stadtbezirk Dortmund nicht bloß vorübergehend befristeten gewerblichen Arbeiter, mit Ausnahme der Arbeiter in Fabriken und Hüttenwerken, die zu den ungelerten Arbeitern zu rechnen sind.“ Für den Nichtbesuch der Fortbildungsschule durch zwei jugendliche Arbeiter der Firma Drehschneiderei in Koppel war der Ingenieur Krauß in Dortmund als verantwortlicher Betriebsleiter strafrechtlich verantwortlich gemacht worden; er wurde vom Landgericht zu einer Geldstrafe von 15 M., event. fünf Tagen Haft verurteilt. Seinen Einwand, daß die beiden ungelerten Fabrikarbeiter seien und deshalb nach der zitierten Bestimmung nicht fortbildungspflichtig wären, verwarf das Gericht, indem es ausführte: Die beiden Jugendlichen, die bei einem Meister des Schlosserhandwerks lernen wollten, aber wegen der Kriegszeit keine Lehrstelle fanden, waren bei der Firma Drehschneiderei in Koppel eingetreten, weil ihnen ein bekannter Meister gesagt hatte, sie könnten dort auch etwas lernen. Der eine wurde durch einen älteren Arbeiter an der Drehmaschine angeleitet und kam dann zu den Schlossern, wo er das Feilen lernte und darin Fortschritte machte bis zum Feilen und Matrizen. Auch der andere junge Mann schritt durch Anlernen durch andere Arbeiter soweit vor, daß er an der Drehbank Geheule arbeiten konnte. Das Feilen von Matrizen oder das Arbeiten von Geheulen an der Drehbank könne nur ein gelernter Arbeiter. Nach alledem könnten die beiden jungen Leute nicht als ungelerte Arbeiter einer Fabrik angesehen werden.

Das Kammergericht hielt als Revisionsinstanz die tatsächlichen Feststellungen aufrecht und bejahte mit dem Landgericht die Schuldfrage; es verwies die Sache nur deshalb an das Landgericht zurück, damit dieses die Eventualstrafe dem § 150 der Gewerbeordnung anpasse. Danach darf die Eventualstrafe nur drei Tage Haft für jeden Fall sein, während hier fünf Tage ausgesprochen worden waren. — Zur Schuldfrage wurde ausgeführt: Es handelte sich nicht darum, ob die beiden jungen Leute tatsächlich „Lehrlinge“ waren, sondern nur darum, ob es keine ungelerten Arbeiter waren. Ohne Rechtsirrtum sei aber festgestellt, daß sie von ungelerten zu gelernten Arbeitern fortgeschritten waren. Auch sei ihre Tätigkeit eine dauernde gewesen, was sich daraus ergibt, daß das Dienstverhältnis auf unbestimmte Zeit lief, nur mit dem Vorbehalt eines Minderungsrechts. Somit seien sie fortbildungspflichtig gewesen, und das Landgericht habe die Schuld des Angeklagten mit Recht angenommen. — Nur wegen des Strafmaßes mußte Aufhebung und Zurückverweisung an das Landgericht erfolgen.

Berichtszeitung.

Mordanklage und Erziehungsanstalt.

In einem gestern verhandelten Mordprozeß zeigten sich die verrohenden Wirkungen einer Erziehungsanstalt.

Der Frauenmord in der Wassertröge, der am 30. April dieses Jahres verübt und erst am 3. Mai entdeckt worden ist, beschäftigte heute die Ferienstrafkammer des Landgerichts Berlin I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geh. Justizrat Dr. Meng. Unter der schweren Anklage des Raubmordes standen zwei noch nicht ganz strafmündige Burschen, die wegen ihres jugendlichen Alters noch nicht vor das Schwurgericht kommen können: Der 16-jährige zehnjährige Fürsorgezögling Karl v. Klopotek und sein Bruder, der fünfzehnjährige Lausbursche Willi v. Klopotek, die bei ihren Eltern, den Eltern v. K. in Eichen, in dem Hause Wassertröge 65 wohnten.

In der Nacht zum 3. Mai wurde die in demselben Hause, im rechten Seitensüßel vier Treppen hoch wohnende, 31 Jahre alte Strohhüttenwaise Matilde Cerbo geb. Franke, deren Mann im Felde gefallen ist, in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Leiche lag in der Nähe in einer Blutlache und wies zahlreiche Würgemal und Kratzwunden auf. Neben der Leiche lagen die beiden vier und zwei Jahre alten, durch Hunger fast ganz erschöpften Kinder der Ermordeten, deren Wimmern und Klöpfen die Hausbewohner aufmerksam gemacht hatten. Das vierjährige Mädchen hatte bei ihrer Verhaftung wiederholt in ihrer kindlichen Art gesagt: „Dübel Willi hat Mutter an Hals gefaßt und hingeschmeißt!“

Frau Cerbo bekam ihr Kriegswitwengeld, eine städtische Unterstützung und Mietbeihilfe und verdiente sich dazu durch Waschen und Reinemachen noch etwas Geld. Sie war sehr sparsam und wirtschaftlich und mußte noch etwa 500 M. bares Geld in ihrer Wohnung haben. Dies bemerkten wohl die beiden Angeklagten bei einem Besuche, den sie der Cerbo abstellten, da der ältere Bruder Karl, der ebenso wie eine Schwester der Fürsorgeerziehung überwiesen ist, gern die Uhr des gefallenen Cerbo zu kaufen wünschte. Als sie wußten, daß sich Frau Cerbo im Besitze größerer Geldsummen befand, erwachte in ihnen die Gier nach dem Gelde und sie verabredeten in mehrfachen Besprechungen den Plan, der Frau das Geld zu rauben. Als der Angeklagte Karl zum Besuche seiner Eltern zu den Ostereiertagen Urlaub aus der Anstalt zu Bruchmühle erhielt, schritten die beiden jungen Verbrecher zur Ausführung des Planes. Am Vormittag des 30. April, einem Sonntag, an dem Karls Urlaub abließ, erschienen sie in der Wohnung der Frau Cerbo, angeblich um die Uhr zu kaufen. Da fielen sie plötzlich über die ahnungslose Frau her, würgten sie bis sie tot war, und raubten die recht erhebliche Geldsumme, die in der Wohnung vorgefunden wurde. Das Geld teilten die beiden Burschen unter sich und versteckten die Reste teils im Strohhof eines Bettes in der elterlichen Wohnung, teils im Keller. Karl ist dann schnell nach Bruchmühle zurückgekehrt. Bei seiner Vernehmung erklärte sich der ältere Bruder auf Befragen des Vorsitzenden schuldig, am 30. April die in der Wassertröge 65 wohnende Frau Cerbo beraubt und ermordet zu haben. Auch Willi v. Klopotek hatte vor dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt, jetzt aber erklärte er, daß er sich nur des Raubes, aber nicht des Mordes schuldig fühle.

Als die polizeiliche Bekanntmachung an den Anschlagssälen mit der Aussetzung einer Belohnung von 1000 Mark erschien, wurde der Fabrikant Koehler, der Arbeitgeber des Willi, stutzig, denn es war ihm aufgefallen, daß Willi, der kurz vorher von Mitteln ganz entblüht war, plötzlich sich täglich für eine Mark Kuchen kaufte und sonstige Ausgaben machte. Er machte Anzeige bei der Polizei, und als nun Willi im Verein mit anderen Personen der kleinen vierjährigen Tochter der Ermordeten gezeigt wurde, ging diese sofort auf Willi zu und umarmte ihn am Hals. Der Verdacht gegen diesen war auch dadurch bekräftigt worden, daß bei Herrn Koehler eine an Willi gerichtete Karte seines Bruders Karl eingegangen war, in der er gebeten wurde, ihm seine Geige und 20 M. umgehend an die Adresse des Herrn Woy in Bruchmühle zu schicken. Dieser Woy war ein Invalide, der als Hilfsarbeiter in der Zwangserziehungsanstalt Bruchmühle angestellt war. Der Vorsitzende sprach wiederholt sein höchstes Bedauern über die Zustände in der Erziehungsanstalt Bruchmühle aus. Er bezeichnete es als wunderbar, daß in der Anstalt, die doch den Karl nach der Wassertröge verurteilt hatte, keinerlei Verdacht geschöpft wurde, obgleich Karl mit zerkraktem Gesicht und in neuen Kleidern in Bruchmühle ankam und große Geschenke dort machte. Wie der Vorsitzende hervorhob, hat man in der Anstalt Bruchmühle die Behauptung, daß Karl einer der Mörder sein müsse, entschieden zurückgewiesen und der Hausvater Goebel hat von einem „argen Mißgriff der Polizei“ gesprochen und erklärt, Karl sei ein aufrichtiger, aufrichtiger Junge, dem man so etwas nicht zuzumuten könne. Der Vorsitzende gab ferner folgende Schilderung von den Zuständen in der Erziehungsanstalt: Karl v. Klopotek sei dort als ein Sohn vermöglicher Eltern aufgetreten. Mit dem Wirtschaftsfräulein Gertrud Paese stand er auf sehr freundschaftlichem Fuße und nannte sie in seinen Briefen an seinen Bruder immer „Trudchen Paese“ und „meine Frau“. Er hat zugegeben, daß er das Mädchen von 19 Jahren bei jeder sich bietenden Gelegenheit geliebt und von ihr Küsse empfangen hat. Wenn Trude spät abends von dem Pfarrer nach der Anstalt zurückkehrte, wobei sie einen dunklen Wald zu passieren hatte, hatte sie Karl zum Abholen bestellt. Er kaufte ihr mit dem geraubten Gelde einen Ring, ein Uhrarmband und schenkte ihr auch 20 M. bares Geld. Bald nach seiner Rückkehr nach Bruchmühle machte er mit dem Erzieher Woy einen Spaziergang nach Meppen und besuchte mit ihm und zwei Jungen drei Kneipen, hielt mehrere Soldaten frei und machte eine Juche von 54 M. „Und das alles“ — meinte der Vorsitzende — „war in der Erziehungsanstalt unbekannt.“

Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt je 15 Jahre Gefängnis.

Zum letzten Wort verurteilt, erklärte Karl v. Klopotek: Er habe die Strafe verdient und müsse sie tragen; die Strafe sei viel zu leicht, denn der Mensch könne gar nicht tiefer sinken, als er gesunken sei. Er habe gern ins Heer eintreten wollen, seine Bemühungen seien aber erfolglos geblieben. In Bruchmühle sei ihm die Stille näher getreten und als er gesehen, daß sie „so“ sei, habe er sich mit ihr befreundet, um möglichst viel Vorteile, zum Beispiel bessere Kost, zu bekommen. Er habe an sie und sie habe an ihn geschrieben; er habe ihr versprochen, ihr aus Berlin etwas mitzubringen, und „so“ sei es dann gekommen. — Der Vater des Angeklagten beklagte sich lebhaft über die Erziehungsanstalt, die den Karl besser sollte, in der er aber noch schlechter geworden sei. Dort sei er noch tiefer gesunken. — Das Gericht verurteilte beide Angeklagte wegen Raubes und Mordes zu je 15 Jahren Gefängnis.

Gemüsegewucher.

Wie die hohen Preise für Frischgemüse zustande kommen, beleuchtete eine Verhandlung, die gestern vor der 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts I gegen den Gemüsegroßhändler Otto Maasdorf wegen Kriegsgewuchers stattfand.

Der Angeklagte, der das Geschäft seines Schwiegervaters als Teilhaber führt, hatte am 17. Januar d. J. in der Zentralmarkthalle mehrere Waggons „Polsteiner Weißkohl“ für 8—8,50 M. den Jentner verkauft. Auf Grund dieses viel zu hohen Preises, der zu damaliger Zeit ziemlich allgemein gefordert wurde, unter Anklage gestellt wurde er vom Schöffengericht Berlin-Mitte freigesprochen. Es folgte dabei dem Gutachten des Großhändlers Schäfer, der ausführte, daß der genannte Preis angefaßt der Unkosten des Schwundes, der oft ein Viertel betrage, sowie sonstiger Verluste als angemessen zu betrachten sei. Hiergegen legte jedoch der Staatsanwalt Verurteilung ein. Das Gericht kam diesmal, das Gutachten des Marktballeninspektors Spieler seinem Urteil zugrunde legend, zu einem wesentlich anderen Ergebnis. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Schwabe verurteilte folgendes Urteil: Obgleich genommen, liege hier der denkbar krassste Fall des Kriegsgewuchers vor, zu einer Zeit getrieben, als die Lebensmittelpolitik gerade auf dem Gemüsemarkt recht drückend war. Damals bestanden nur Preise für den Erzeuger, nämlich 2,50 M. pro Jentner, aber der Kettenhandel fing schon an, sich ganz erheblich zu entwickeln; in diesem Falle hatte der Agent, der den Kohl für 2,50 M. gekauft hatte, ihn für 4,37 M. weiterverkauft, ohne einen Pfennig Unkosten zu haben und es wird vorbehalten bleiben müssen, auch gegen den Agenten vorzugehen. Es handelt sich also um eine Zeit, als Kohl offensichtlich zurückgehalten wurde und der Kettenhandel und die Spekulation sich dieses Objekts des täglichen Bedarfs rücksichtslos bemächtigte. Der Angeklagte, der schon lange im Geschäft seines Schwiegervaters tätig ist, kannte die Situation vollständig und er hat sich nicht geschämt, auch seinerseits die Kottage auf dem Gemüsemarkt auszubenten. Bei den in Frage stehenden 10 070 Kilogramm Kohl, die er für 4,37 M. pro Jentner eingekauft hatte, konnte er unter Hinzurechnung der Frucht und der Auslagegebühr annehmen, daß sich der Preis auf 5,58 M. loco Stand Markthalle stelle; unter weiterer Berechnung des Schwundes und eines Verdienstes von 10 Proz. durfte er einen Verkaufspreis von höchstens 6 M. bis 6,50 M. fordern; wenn aber ein Kohl, der dem Erzeuger 2,50 M. kostet, durch den Agenten auf den Preis von 4,37 M. hinausgeschraubt und durch den Angeklagten für 8,50 M. verkauft wird, so ist dies krasser Wucher. Der Fall liegt so klar, und da das Gericht, so führte der Vorsitzende weiter aus, gesehen hat, daß die Strafen, die diese Kammer verhängt, nicht ziehen und jetzt wieder die Preistreiber auf dem Obstmarkt sich sehr sichtbar machen, so hat das Gericht lange geschwankt, ob hier nicht die Höchststrafe von einem Jahre Gefängnis am Plage sei. Nur mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte nicht der Eigentümer, sondern nur Geschäftsführer ist, hat der Gerichtshof noch von der Gefängnisstrafe Abstand genommen, aber auf die höchste Geldstrafe von 10 000 Mark erkannt, auch die Veröffentlichung des Urteils auf seine Kosten angeordnet.

Hundefutter als — „Prima Leberwurst“.

Von dem üppig blühenden Lebensmittelschwindel gab wiederum eine Verhandlung wegen übermäßiger Preissteigerung und Nahrungsmittelfälschung gegen den Maschinen-techniker Artur Buecker in Leipzig vor dem dortigen Schöffengericht ein krasses Beispiel.

Er, der sich vor dem Kriege mit dem Verkaufe von Nahrungsmitteln überhaupt nicht beschäftigt hatte, vertrieb im letzten Winter eine „Prima Leberwurst“ für 1,20 M. das Pfund. Er inserierte auch in den Zeitungen und hatte guten Absatz. Nach dem Gutachten des Nahrungsmittelchemikers Professor Dr. Köhlig war die „Prima Leberwurst“, die der Angeklagte aus Hannover zum Preise von 80 Pf. das Pfund bezogen hatte, alles andere, aber keine Leberwurst. Denn die „Prima Leberwurst“ war gänzlich minderwertig, sie bestand

Der billige Verkauf von Schuhwaren Restbeständen u. Einzelpaaren findet heute Sonnabend, den 2. September, und folgende Tage statt.

Es bietet sich für die geehrte Einwohnerschaft von Berlin O Gelegenheit, Schuhwaren günstig einzukaufen.

Damen-Schnürschuhe 10⁹⁰
Damen-Schnürstiefel 15⁹⁰
Einsegnungstiefel für Knaben u. Mädchen 15⁹⁰
 moderne Form
 Ein **Damen-Schnürstiefel** und Halb-
 Posten **schuhe** 850 950 1050 usw.
 braun und schwarz
 Einzelpaare
Weißer und farbige Leinenschuhe Einzel-
 paare 3⁹⁵
 Gr. 31-35 27-30
Knaben- u. Mädchenstiefel 10.90 10.45
Damen-Leder-Hauschuhe 5.45
 mit Spange, Ledersohle u. Fleck, Größe 36/42
Kinderstiefel bis Größe 22 2.95
 mit Linoleumschle
 Größe 36-42. 1.95
Imit. Kamelhaarschuhe 98 Pf.
 Plüschpantoffel mit Linoleumschle 98 Pf.

Schuhwaren in allen Ausführungen,
 die sich hier nicht alle einzeln aufzählen lassen.

Alles wird nach
Schuhhaus Kuntze Nachl.
 nur **Große Frankfurter Straße 83,**
 Ecke **Marsillusstraße**
 fahren.

Um jedem zu ermöglichen, zu kommen,
 vergüte ich jedem Käufer 20 Pf. Fahrgeld.

Alle Schuhwaren ohne Bezugsschein.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten
 Erscheint wöchentlich einmal. Interessenten Geschäfte empfehlen sich bei Bestellen.

Butter, Eier, Käse
 P. H. Ackermann, 8 Filialen

Mehlhandlung
 Joh. Pietsch
 Königsberger
 Straße 26/27

Photograph. Ateliers
 Mayn, Frankfurt Allee 99
 Geg. Ringbuh, Frankl, Allee
 W. Wenzel, Luisenpark, Allee
 22 a, Altes Stadthaus

Schuh- u. Besohlnstalten
 H. Helmrich
 Petersburger
 Straße 48.

Warenhäuser
 Wilhelmstr. 11, Verw.-Lsg. erb. 5.
 Zahn-Atelier Wohlfiel
 Neue Kleing. 49 (am Alexanderpl.)

Solange der Vorrat reicht
Gerold
MAFFEE
 Bei gemeinsamem Bezug
 Preisermässigung
 Berlin, Lützowstr. 94.
 Verlangen Sie Preisliste.

Solange der Vorrat reicht
 liefert die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, folgende älteren Jahrgänge der reich illustrierten Romanzeitschrift „In Freien Stunden“ jeden Band statt gebunden 4 Mark für nur 2 Mark.

Band 1:
 Inhalt: „Die Töchter des Südens“ von Xavier de Montepin. — Ferner die reizende Erzählung „Amjoug gressiert.“ von Robert Sapocigal.

Band 2:
 Inhalt: „Der Jesuit.“ Ein Charaktergemälde aus dem 18. Jahrhundert. Von G. Spindler. — „Ein Kett.“ von Erdmann-Gottman. — „Eine Schenke und ihre Folgen.“ von J. H. Potapenko. — „Die Händel.“ von W. Hartmann.

Band 3:
 Inhalt: „Im Banne der Verführung.“ Roman von Viktor Klotz. — „Die Wälder.“ von H. Schulz-Schmidt. — „Der Gefähr.“ von D. Kuppel. — „Das Kloster der Gendarm.“ von G. Weisparzer.

Band 4:
 Inhalt: „Der Karier des Kären.“ von Jules Verne. — „Das Ver-
 mächtigt des Sebars.“ von Otto Kuppel. — „Am Wafener Hof.“
 von Theodor Mügge. — „Die der Großmutter die Großmutter nahm.“

Band 5:
 Inhalt: „Der verlorene Sohn.“ Roman von Hall Gaine. — „Der
 Jüdische.“ Erzählung von Moritz Hartmann. — „Zum Weibergewert
 verurteilt.“ Erzählung von Friedrich Gerschler. — „Die Karrenfahrt.“
 Erzählung von Adalbert Cläffer.

Band 6:
 Inhalt: „Der Defektor.“ Roman von Robert Buchanan. — „Zwei
 Weiten.“ Roman von Madame Wigt. — „Der rote Zimmermann.“
 Humoreske von Friedrich Gerschler. — „Geldpläne.“ Gemalt
 von Otto Kuppel. — „Der Weihnachtsabend.“ Eine Gelfergeschichte.

Band 7:
 Inhalt: „Rebellen.“ Erzählung von G. Thierlein. — „Der Gfähr
 von Peter Dams.“ Roman von Victor Hugo. — „St. Peters Regen-
 feim.“ Erzählung von A. Wildgans.

Band 8:
 Inhalt: „Die Wälder der Wildnis.“ von Johannes Scherr. — „Eine
 Kreuzfahrt.“ von Emma Koppert. — „Reis und Rind.“ von
 Willy Dandl. — „Nimes und Jatta.“ Eine Erzählung aus dem
 Italienschen. — „Am Jern.“ Eine Erzählung von Robert Schödel.
 — Die lustige Humoreske „Kapitan Seiffmanns Extrakt.“

Band 9:
 Inhalt: „Das Einzug.“ von Leon Gladel. — „Sigtid, das Hfher-
 mäden.“ von Theodor Mügge. — „Der schwarze Hugo.“ von
 Theodor Mügge. — „Steinmanns Hofdörfer.“ von Carl Kuffel. —
 „Bater und Sohn.“ von J. Potapenko.

Band 10:
 Inhalt: „Der Gald.“ von A. Dumbara. — „Neulich.“ von Emile
 Jola. — „Der große Vapant.“ von H. H. Jacobs. — „Präntlein
 Dohaden.“ von H. G. Steverman. — „Anderthalb Jahre.“ von
 H. Steverman. — „Die Jern.“ eine Erzählung von Robert Schödel.
 — „Der Weiler von Kallandenen.“ von A. Schödel. — „Stader
 Quinte.“ von H. H. Jacobs.

Band 11:
 Inhalt: „Rebellen.“ von Walter Scott. — „Die Sommerjahre.“
 von Frau S. H. Camille. — „Trübsal.“ Erzählung von Fern.
 Seiffmann. — „Eldfelds Hochzeit.“ von Jette Kuffel. — „Ein
 Tag aus dem Leben des Ministeriers Gitterer II.“ von Walter Olsen.

Band 12:
 Inhalt: „Stefan vom Weidenhof.“ von Minna Knuth. — „Es lebe
 die Gerechtigkeit.“ von Theodor Mügge. — „Eine Stunde im Kuch-
 tarm.“ von Moritz Hartmann.

Band 13:
 Inhalt: „Der rote Jelen.“ von Hall Gaine. — „Eigene Kraft.“ von
 Kuppel. — „Der schwarze Kater.“ von H. Jacobs.

Band 14:
 Inhalt: „Elder Dalk.“ von Ch. Eiden. — „Aus hunder
 Bergengucht.“ von Gerschler. — „Die Wälder der Wälder.“ von Ger-
 mann. — „Hof, der Kett.“ — „Der verlorene Kug.“

Band 15:
 Inhalt: Emile Jola, „Germant.“ — C. Carlsson: „Ein Kacer della
 Madia.“ — Jona: „Liet, Kuppel.“

Band 16:
 Inhalt: Walter Scott: „Junker.“ — Clara Kuppel: „Das Weib-
 der.“ — H. Mügge: „Die Wälder der Wälder.“ — J. Weis-
 bell: „Die angenehme Überraschung.“

Bei Bestellungen genügt Angabe der Nummer des Bandes.

Als
Zwischendeck Steward
 nach **Südamerika**



Erzählung von
1 **H. Neuenhagen**
 2 Mark

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden
 Erscheint wöchentlich einmal. Interessenten Geschäfte empfehlen sich bei Bestellen.

Drogen, Farben
 Beckendorf
 Silesische Str. 39
 hoch Schützenstr.

Fleisch- u. Wurstw.
 Gutschmanns Centr.
 Wichert-
 Str. 153

**Herr-, Dam-, Knab-
 u. Mädchen-Garder.**
 G. Hoffmann
 Volkmannstr. 14
 fertige u. n. Maß

Kolonialwaren
 M. Saagebarth
 Strellitzer
 Str. 67

Mehlhandlung
 W. Thomas
 Silesische Str. 153

Solange der Vorrat reicht
Gerold
MAFFEE
 Bei gemeinsamem Bezug
 Preisermässigung
 Berlin, Lützowstr. 94.
 Verlangen Sie Preisliste.

Möbelmagazine
 Wiese & Co.
 Silesische Str. 37
 Tischlermeister

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
 Engel-Ufer 5.
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiedervorkäufer.
 Größte Auswahl gelagerter Zigaretten in allen Preislagen.
 Sämtliche be-
 kannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
 Amt Npl., 3014.

Gegründet 1876



Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
 BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
 empfiehlt gute preiswerte Möbel
 noch zu billigen Preisen.
154 Musterräume.
 Lagerräume: 6696 q-Meter groß.
 Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
 Illustrierte Kataloge Nr. 13 gratis und franko!

Kennen Sie die Wohlfart
 einer Leibbinde?
 Sämtliche Systeme am Lager
 resp. nach Maßanfertigung sowie
 aller
Bruchbandagen Art.
 Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
 Berlin N., Lottliringer Str. 60.
 Lieferant für Krankenkassen.

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmacken Einband.

Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. — Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. — Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschmann. — Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. — Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. — Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Gebert. — Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. — Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. — Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. — Vom medi-
 zinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. — Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. — Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. — Der Geschlechts-
 trieb. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. — Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

Buchhandlung Vorwärts Berlin

Unterzeichneter bestellt:
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
 Geb. zum Preise von 4,50 M.

Name: _____
 Wohnung: _____
 Wir bitten deutlich zu schreiben!

Warenhaus Wilhelm Stein

70-71 Chausseestrasse BERLIN N. Chausseestrasse 70-71

Heute ♦ Sonnabend, den 2. September ♦ Heute Eröffnung unserer Putz-Ausstellung

Besichtigung ohne Kaufzwang. * Große Auswahl in garnierten und ungaryierten Damen- und Kinderhüten

Schwarze Velourshüte in kleinen Formen 7.50 7.95 8.50

Damen-Wäsche

Achselabschluss-Hemden m. Langettenansatz	Stück	3 ²⁵	3 ⁵⁰	3 ⁸⁵
Fasson-Hemden mit breitem Stickerel-Ansatz	Stück	4.50	4.85	5.20
Kniebeinkleider a. Hemdentuch od. Barchent mit Stickerel-volant	Stück	2.95	2.75	2.25
Nachtjacken in Barchent und Hemdentuch	Stück	2 ⁴⁵	2 ⁹⁵	3 ²⁵
Untertaillen deutsche und amerikanische Form	Stück	1 ⁴⁵	1 ⁶⁵	2 ⁵⁰
Stickerei-Röcke		5 ⁴⁵	7 ⁹⁵	9 ²⁵

Kleiderstoffe

Kostümstoffe melliert und kariert, 130 cm breit, reine Wolle	Meter	14 ⁰⁰	10 ²⁵
Popelin u. Satin-Tuche moderne Farben, 100 u. 110 cm breit	Meter	5 ⁵⁰	4 ⁹⁵
Karierte Stoffe für Blusen und Kinderkleider, 90 und 110 cm breit	Meter	5 ⁵⁰	3 ²⁵
Rockstoffe gestreift und kariert, schwere Ware, 110 cm breit	Meter	3 ⁹⁵	2 ⁹⁵
Blusenstoffe mit seldenen und kunstselenen Streifen, schöne Farben	Meter	3 ⁴⁵	2 ⁵⁵
Blusenflanelle in Wolle und Baumwolle	Meter	2 ⁹⁵	1 ⁵⁰
Seiden-Schleierstoffe 110 cm breit, moderne Farben	Meter	9 ²⁵	7 ²⁵

Samt und Seide

Lindener Körper-Samt 55 und 70 cm breit, in allen modernen Farben	Meter	9 ⁵⁰	5 ⁷⁵	4 ⁹⁵
Kleider-Seide Taffet-, Paillette- und Kaschmir-Seide, 90 und 100 cm breit	Meter	11 ⁵⁰	8 ⁵⁰	5 ⁵⁰
Blusen-Seide moderne Karos und Streifen	Meter	4 ⁵⁰	3 ⁵⁰	2 ⁹⁵

Korsette

Korsette mit Spiral-Federn	3 ⁵⁰
Frack-Korsett	4 ⁹⁵
Korsett extra lang	5 ⁵⁰
Korsett aus gutem Drellstoff	5 ⁹⁵
Korsett mit 4 Hältern	6 ⁹⁵
Korsett mit rostfreien aluminiumierten Einlagen	7 ²⁵
Büstenhalter porz. oder	2 ²⁵
Büstenhalter verstellbar	2 ⁹⁵

Handschuhe

Damen-Glacé-Handschuhe mit 2 Druckkn., farbig und weiss	Paar	95 Pt.
Damen-Glacé-Handschuhe mit 2 Druckkn., moderne Farben	Paar	1 ⁶⁵
Damen-Handschuhe, Glacé m. 2 Druckkn., prima Lammlleder, farb. u. schw.	Paar	2 ⁵⁰
Konfirmanden-Handschuhe weiss, reine Seide, mit 2 Druckkn.	Paar	1 ⁶⁵
Militär-Handschuhe telldgrau, mit Druckverschluss, gute Qualität	Paar	1 ⁴⁵
1 Post. Kinder-Handschuhe weiss und farbig, mit Druckkn.	Paar	25 Pt.

Die mit einem * versehenen Artikel sind bezugscheinpflichtig.

Damen-Konfektion

Woll-Blusen aus einfarbigen und karierten Stoffen	7 ²⁵	6 ⁹⁵	5 ⁹⁵
Blusen aus reinwollenem Krepp und Rips, in sehr schönen Farben	9 ²⁵	8 ⁵⁰	7 ⁹⁵
Samt-Blusen prima Körper-Qualität, gute Verarbeitung	18 ⁷⁵	17 ⁵⁰	
Blusen aus Helvetia-Seide, helle und dunkle Farben	13 ⁵⁰	12 ⁵⁰	10 ⁵⁰
Eleg. gestickte Seiden-Blusen ganz moderne Verarbeitung	19 ⁵⁰	17 ⁵⁰	16 ⁷⁵
Seiden-Blusen mit Chiffon-Aermel, China-, Krepp- und Voile-Ninon, fische Formen	29 ⁵⁰	27 ⁵⁰	23 ⁵⁰
Blusen aus Velours- und Barchent-Stoffen, nette Macharten	7 ⁵⁰	6 ²⁵	5 ⁹⁵
Röcke aus gestreiften und karierten Wollstoffen, moderne Glockenform	13 ⁵⁰	12 ⁷⁵	9 ⁷⁵
Röcke blau und schwarz, moderne Gewebe	17 ⁷⁵	16 ⁵⁰	15 ²⁵
Röcke aus reinwollenem Chevrot und Kammgarn	31 ⁰⁰	28 ⁵⁰	25 ⁷⁵
Röcke aus Körper-Samt, schwarz und marine	55 ²⁵	46 ⁰⁰	23 ⁵⁰
Unterröcke aus schwarzem Satin und farbigen Wollstoffen	8 ⁵⁰	6 ²⁵	5 ⁹⁰
Unterröcke gestreifte Halbseide, sehr haltbar	11 ²⁵		
Unterröcke reine Seide, in den modernsten Farben, glatt und damassiert	26 ⁷⁵	25 ⁵⁰	22 ⁵⁰

Mädchen-Konfektion

Mädchenkleider aus gemusterten Waschstoffen, für 1 bis 5 Jahre, nur soweit Vorrat	95 Pt.
Mädchenkleider weiss, mit Kante, bis Länge 60 cm	1 ⁴⁵
Mädchenkleider und -Kittel aus Winterstoffen, mod. Muster und Macharten, f. 1-14 Jahr.	6 ⁹⁵
Mädchen-Samtkleider in allen mod. Farben u. Gröss.	10 ⁵⁰

Schürzen

Wirtschafts-Schürzen a. Gingan u. doppelseit. bedruckt. Stoffen	3 ¹⁰	2 ¹⁰	1 ⁷⁵
Blusen-Schürzen in verschiedenen Ausführungen	4 ⁹⁵	4 ⁷⁵	2 ⁷⁵
Reform-Schürzen aus gestreiften guten Stoffen	2 ⁹⁵	2 ⁵⁰	
Kleider-Schürzen in hübschen gebülmten und gepunkten Mustern	7 ²⁵	6 ²⁵	5 ⁹⁰
Wiener Schürzen elegante Formen und Muster	5 ⁵⁰	4 ⁹⁵	
Teeschürzen aus elegantem Stickerelstoff mit Stickerelvolant	2 ¹⁰		
Knaben-Schürzen	1 ⁸⁵	1 ⁵⁰	1 ¹⁵
Mädchen-Schürzen	3 ²⁵	2 ⁷⁵	2 ²⁵
Weisse Kinder-Schürzen	3 ⁵⁰	2 ⁷⁵	2 ²⁵

Weisswaren

Batist-Schleifen m. Hohlbaum	75, 95 Pt.
Batist-Kragen weiss, grosse Form mit Schelle	95 Pt.
Batist-Kragen in weiss, rosa und hellblau	1 ⁹⁵ , 2 ²⁵ , 4 ⁵⁰
Tüll-Fichu mit Bandschleife	95 Pt.
Stuart-Rüschen aus Tüllgipse od. Glasbätel	75, 95 Pt.
Schleier aus Kunstseide, 130 cm lang, in den neuesten Farben	95 Pt.

Taschentücher

Batist-Tücher für Damen, weiss und bunckantig	95 Pt.
Batist-Tücher f. Damen, m. gestickter Ecke, 1/2 Dis. im Karton	95 Pt.
Linon-Tücher für Damen u. Herren	30, 35, 40 Pt.
Militär-Tücher gebrauchsfertig extra gross Stück	30, 48 Pt.
Einsegnungs-Tücher in feinsten Ausfühg.	45 Pt.
Batist-Tücher für Herren mit bunter Kante od. m. Hochstab	30, 48 Pt.
Damen-Tücher 1/2 Dis. 1. Kart.	1 ⁹⁵ , 2 ⁶⁵ , 2 ⁹⁵

Regenschirme für Damen und Herren	
mit Futteral	3 ⁹⁵
mit elegantem Naturstock	6 ²⁵
mit Stahlstock, extra dünn	5 ⁹⁵

Die mit einem * versehenen Artikel sind bezugscheinpflichtig.

Lebensmittel-Abteilung

So lange Vorrat

Obst und Gemüse

Rotkohl	Pfund	12 u. 18 Pt.
Weisskohl	Pfund	10 Pt.
Wirsingkohl	Pfund	12 u. 18 Pt.
Mohrrüben	Pfund	11 Pt.
Zwiebeln	2 Pfund	25 Pt.
Rettige	Stück	5, 10 u. 15 Pt.
Kohläpfel	2 Pfund	25 Pt.

Fischkonserv. u. Räucherwar.

Gabelbissen	1/2 Pfund	1 ¹⁰
Fischsülze	1/2 Pfund	80 Pt.
Fischsülze Dose 1 Pfund brutto		1 ⁵⁵
Fischsülze Dose ca. 20 Stück Inhalt		1 ¹⁵
Oelsardinen		1 ⁴⁵
Heringe in Tomaten Dose circa 400 gr brutto		2 ²⁰
Fisch-Backwurst	Pfund	2 ²⁰
Bücklinge	2 Stück	35 Pt.